

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

208 (8.9.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.80 M., bezogen durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezogen 5.22 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 123, Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die Typalt. Anzeigenzeitung od. deren Raum 25 A. zuzügl. 30% Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Durch Arbeit und Kampf zum Erfolg.

Karlsruhe, 8. September.

Bei glänzendem Besuch nahm am Samstag und Sonntag der badische Parteitag einen sehr guten Verlauf. Der frühe Kampfesmut, der die Vertrauensmänner der badischen Sozialdemokratie erfüllte, war gepaart mit dem klaren Verständnis für die Realitäten des Lebens, die nur unter schwerer Schädigung nicht getrieben werden können. Energisch kam bei allen Beratungsgegenständen der ernste Wille zum Durchbruch, mit voller Kraft auch alle Mittel anzuwenden, die geeignet sind, den Aufbau des Staats- und Wirtschaftslebens zu vollziehen, von der errungenen Demokratie zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen. Niemand dachte und denkt daran, Charakter, Wesen und Ziel der Sozialdemokratie abzuschwächen oder davon abzuweichen — der wirklich revolutionäre Geist der alten Sozialdemokratie war auf dem Parteitage so lebendig wie nur jemals. Das wußten die Männer und Frauen im Saale der „Eintracht“, mochten sie vom Boden der Gebirgstäler oder aus dem Unterlande gekommen sein: mit den errungenen und gesellschaftlich festgelegten Rechten und Freiheiten allein ist nicht getan; die unangenehme privatkapitalistische Wirtschaftsordnung würde zum alten Glend hergeholt, neues Glend türmen. Und trieb uns Sozialdemokraten nicht die Erkenntnis, so würde uns die Not dazu treiben, der politischen Revolution auch die planmäßige wirtschaftliche Umbildung folgen zu lassen. Natürlich fehlte es auch auf dem Parteitage nicht an stürmischen Drängen, denen alles viel zu langsam geht. Sie vergaßen nur eins: man kann zwar, wie uns der November vorigen Jahres erneut wieder gelehrt hat, in wenigen Tagen eine Staatsform zerbrechen, Monarchien tragend zusammenstürzen lassen; man kann in wenigen Monaten auf die Trümmer eines zusammengebrochenen militärisch-autokratischen Staatswesens eine Demokratie aufbauen, aber in derselben Zeit inmitten der privatkapitalistischen Welt keine sozialistische Gesellschaft errichten, das kann man eben nicht, oder höchstens in Träumen und in der Theorie. Wir haben volles Verständnis für die heißen Wünsche und das stürmische Begehren, wir verstehen und begrüßen auch die Kritik, aber auch eine vorwiegend oder ausschließlich sozialistische Regierung ist nicht mit göttlicher Almacht ausgestattet. Mitten im furchtbaren Chaos mußte die Sozialdemokratie die Staatsgewalt übernehmen. Das wirtschaftliche, politische und seelische Glend drang stündlich mit elementarer Gewalt hervor. Die feigen Gegner häuften durch brutale Maßnahmen die Schwierigkeiten, der Kampf im Innern nahm täglich an Umfang zu. Das Verfehrwejen geriet in Störung, die Produktion sank und mit Waffengewalt wurde versucht, die ordnende Hand zu handern. Da mußte die Regierung eine Unsumme von Geist und Kraft aufwenden, um sich gegen demoralisierende Tendenzen und gegen die gewalttätige Nihilistik durchzusetzen, die sonst für positive Tätigkeit nutzbar gemacht werden konnte. Und es muß offen heraus gesagt werden: nicht immer haben die Arbeitermassen, ja selbst die Mehrheit der Klassenbewußten Arbeiter, der Regierung die Unterstützung zuteil werden lassen, die das Gebot der Pflicht und der Stunde war. Daß auf dem Parteitage das umgedreht auch gesagt worden ist, und bei den Delegierten Eindruck machte, gereicht ihm zur Ehre und zum Nutzen.

Wir begrüßen es auch, daß offen und ohne Scheu zum Ausdruck gebracht worden ist, daß für die Millionen der neuen Aufgaben die alte und bequeme Schablone nicht mehr paßt. Viele Genossen haben sich in die Oppositionsrolle gegen die Regierung so fest eingelebt, daß sie momentan noch nicht einsehen wollen, daß diese agitatorisch und politisch so bequeme Zeit eben vorüber ist. Jetzt regieren wir mit. Wir tragen mit die Verantwortung, wir müssen für das Funktionieren der Staatsmaschine Sorge tragen, und wir werden von Freund und Feind mit härteren Augen betrachtet, als die Machthaber vor der Revolution. Gewiß, die sozialdemokratische Partei ist weder Willens noch gehalten, alles gut zu heißen, zu bedenken und hinzunehmen, was die Regierung tut oder unterläßt, auch wenn in dieser Regierung Sozialdemokraten sitzen. Aber wie die Regierung von uns abhängig ist, sind wir ihr gegenüber auch zur Solidarität verpflichtet. Natürlich gefällt uns vieles nicht. Noch sitzt St. Bureaukrat, dieser effige Kerl, in den Amtsstuben, in die er sich seit Jahrzehnten eingesenkt hat. Nur in jäh und systematischer Arbeit kann er dort herausgedrängt werden. Und wo neue Männer nicht fehlen, ist mit ihnen nicht immer auch getan: sie müssen auch den übernommenen Aufgaben gewachsen sein. Genosse Geiß, der alte und erfahrene Praktiker, hat in beherzigenwärtiger Offenheit in Bezug auf das neue Blut in den Gemeindevormaltungen auf diese Tatsache hingewiesen.

Bereinigt hört man auch Stimmen, die das, was seit der Revolution geleistet und erreicht worden ist, nicht nur kritisch, sondern direkt pessimistisch beurteilen, ja zum Teil sogar verneinen. Das ist, wenn auch ungewollt, Sabotage an der

Arbeit seit der Revolution. Zum Teufel mit dieser unsozialistischen Niehmacherei, die unberichtigt ist. Wo wären wir in der Vergangenheit geblieben, als wir, ein kleines und armes Häuflein, gegen eine Welt riesenstarker und unbarmherziger Feinde gekämpft haben, wenn wir immer uns selbst und andern eingeredet hätten: alles erreicht sei nichts? Mitten im tiefsten wirtschaftlichen, seelischen und nationalen Glend haben wir Sozialdemokraten mehr durchgesetzt und geschaffen, als noch vor Jahresfrist Freund und Gegner gehofft oder gefürchtet haben. Natürlich können wir nicht in wenigen Monaten alles Glend bannen, aus einem kapitalistischen Staat eine herrliche sozialistische Gesellschaft und aus einer Militärdiktatur eine heidenlose Demokratie in idealer Schönheit erheben lassen. Und die meisten von denen, die heute am lebhaftesten ihre Unzufriedenheit äußern, haben früher am wenigsten dazu beigetragen, die Sozialdemokratie zu der Stärke zu verhelfen, die heute zu größeren Leistungen so notwendig wäre. Und außerdem: Genosse Wels hat es durchschlagend dargelegt, daß auch uns Sozialdemokraten auf der schalen Hand kein Kornfeld wächst, wir nur zu sagen brauchen: wachse, blühe und gebeie. Der Parteitag zeichnete sich auch darin aus, daß er den wenigen Niehmachern nicht folgte. Neben den bewährten Führern waren es gerade Delegierte aus der Werkstätte, die den Tatsachen die Ehre gaben und sie überhebende Zurechtsetzung äußerten.

Weil die übermächtige Mehrheit der Delegierten von Kampfesmut, Schaffensdrang und froher Zuversicht erfüllt war, darum auch die erteuliche Lust, die notwendigen Arbeiten des Parteitages zu bewältigen. Das war in der knapp bemessenen Zeit nicht leicht. Das Organisationsstatut mußte beraten und beschließen werden. Es ist gezeichnet. Der große Aufschwung, den die Partei auch in Baden genommen hat, spornete die Genossen an, neue Leistungen und Korymben zu fordern, eine kommunalpolitische Bewegung und einen besonderen Teil in der Presse für die Frauen zu schaffen. Wo uns der Mangel an Mittel und Papier nicht hindert, muß diesen Wünschen und Beschließen Rechnung getragen werden. Die Beiträge sind erhöht worden — zur Führung des politischen Kampfes gehört Geld, Geld und nochmals Geld. Mit Recht ist gesagt worden, wo wären die Genossenschaften geblieben, wenn sie, wie bisher die Partei, die Annerkennung als Beitragsprinzip anerkannt hätten? Wollen wir den nächsten Kampf, die umfassende Propaganda und ein systematisch ausgearbeitetes Bildungswejen, dann müssen wir die Mittel dafür herbeiziehen. Es sind auf dem Parteitage treffliche Worte über den Wert und die Bedeutung der sozialistischen Bildungsarbeit gesprochen worden. Die Jugend muß gewonnen, die Frauen müssen über den Sozialismus aufgeklärt, die sozialdemokratischen Wähler müssen zu aufstehenden und überzeugenden Kämpfern erzogen werden, aber das erfordert große Mittel. Daran mögen die Arbeiter denken und dann darnach handeln.

Wertvoll waren die Reden, die die Genossen Martin und Stok über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktionen im Landtage und in der Nationalversammlung gehalten haben. Schlagend konnte Genosse Martin nachweisen, daß gerade der badische Landtag, dank der jähren Arbeit der Sozialdemokraten, vorbildliches gezeigt hat. So auf dem Gebiete der Wohnungsbaufrage und in Steuerfragen. Den Beamteten und Arbeitern der Staatsbetriebe ist in Baden in einer Weise Rechnung getragen worden, die zum weitestgehenden gehört, was in Deutschland geleistet worden ist. 146 Millionen Mark sind allein für Zulagen in dem kleinen Lande bewilligt worden. Die äußerste Grenze des Möglichen ist damit erreicht. Das müssen die Angestellten der Staatsbetriebe aber nun auch einsehen. Und Genosse Stok konnte nachweisen, daß die Sozialdemokratie in Weimar wirklich erfolgreich positive Arbeit für die werktätigen Volksmassen vollbracht hat. Vieles ist noch zu tun, aber nicht gering ist das, was geleistet worden ist. Die Tatsachen anerkannte auch der Parteitag: die Kritik hielt sich in angemessenen Grenzen. Und schließlich wurde den Fraktionen wie dem Landesvorstand ebenso auch den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern einstimmig ein Vertrauensvotum erteilt. Und zwar mit Recht. Mit erfrischender Offenheit und Deutlichkeit umschrieb Genosse Maier-Gebelberg die Aufgaben der Partei. In der Kritik an der Vergangenheit zeigte er, was in der Zukunft vermieden werden muß. Die Demokratie haben wir, den Sozialismus müssen wir uns noch erkämpfen. Und da hilft nur zähe und unermüdete Arbeit.

Von dem gesunden politischen Sinne zeugte die einmütige Ablehnung der Räte-diktatur und das Bestehen der Demokratie. Und es war besonders bemerkenswert, daß wir gerade von Arbeitern hören konnten, wie falsch es ist, der Demagogie und den Worten der Unabhängigen und Kommunisten gegenüber defensiv sich zu verhalten. Niemand den Bruderkampf suchen, aber ihn zeigen, aber, wo er uns autozentriert wird, dann auch die Demagogie zu entlarven.

den Massen das selbstmörderische und gefährliche des Trebens der Gegner von links schonungslos darstellen. Daß auf dem Parteitage der Wunsch nach einer Einigung der miteinander im Kampfe liegenden Arbeiterparteien lebhaft zum Ausdruck kam, ist verständlich. Aber gerade die Rede des Genossen Kraus zeigte, wie leicht man dabei auf die tiefste Ebene geraten kann. Wir lehnen das gefallene Wort vom „Einigungssimmel“ ab, aber wir lehnen es auch ab, den Unabhängigen und Kommunisten immer nachzulaufen. Die Einigung wird kommen, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Das ist aber heute leider nicht der Fall. Und Genosse Wels hatte ganz recht, wenn er betonte, daß wir uns nur mit den Leuten überhaupt einigen können, die auch die Demokratie anerkennen. Das trifft auf die Kommunisten gar nicht, auf die Unabhängigen nur zum sehr geringen Teile zu. Wir kennen den großen Schaden, der dem Proletariat durch die Spaltung zugefügt worden ist und täglich noch zugefügt wird, aber wir vermögen auch den noch größeren Schaden einzuschätzen, der der Arbeiterbewegung und dem Sozialismus zugefügt werden würde, wenn der Boden der Demokratie verlassen werden sollte. Aus diesem Boden haben wir bisher mit die kräftigste Nahrung gezogen. Unsere Mitstreiter haben das von Anfang an mit dem Scharfblick erkannt, der sie zu den großen Führern der proletarischen Bewegung gemacht hat. Und bei aller Vertiefung der Motive, die die Genossen leiten, die die Einigungsbestrebungen so eifrig betreiben, eins übersehen sie: solange die Unabhängigen auch nur schwache Hoffnungen hegen können, die Mehrheit der Arbeiter für sich zu gewinnen, lehnen sie brüsk jede Einigung ab. Sie wollen siegen, versagen wollen sie nur in der Stunde hoffnungsloser Not. Und daraus haben sie seit Jahr und Tag Kraft geschöpft, während die manchmal ausdrücklichen Einigungsbestrebungen einzelner anderer Genossen in unendlichen Verwirrungen angeht haben. Wir haben keine Ursache, bedrückt der Vergangenheit zu gedenken, wir können die Leistungen in der Gegenwart getrost jeder Kritik aussetzen, und vor der Zukunft braucht es keinem Sozialdemokraten bange zu sein, der die Geschichte der Partei kennt, von Stimmungen sich frei zu machen weiß. Lebhaft wurde von Forchheimer Genossen die Vereinigung Badens mit Württemberg vertreten und zum Vergleich die geplante Schöpfung eines Groß-Ältingen herangezogen. Dieser Vergleich stinkt auf beiden Füssen, wie sich die Genossen sofort überzeugen können, wenn sie sich einmal die Landkarte genau ansehen, dazu ein Handbuch über die Struktur der süddeutschen Kleinstaaten. Der Parteitag zeigte auch keinerlei Neigung, mit den Forchheimer Genossen zu rasen. Der Antrag der Karlsruher Genossen, den Sitz der Parteileitung von Mannheim nach Karlsruhe zu verlegen, fand leider keine Mehrheit, obwohl wichtige Zweckmäßigkeitsgründe für Karlsruhe sprachen.

Es war schade, daß das Referat des Genossen Engler über die Gemeindepolitik nicht ausführlich gehalten werden konnte, trotzdem Engler das Wesentliche, was er zu sagen hatte, bereits in der Parteipresse veröffentlicht hat. Das wird gelegentlich nachgeholt werden müssen.

Überblicken wir, noch frisch unter dem Eindruck des Parteitages, die Summe der geleisteten Arbeit, lassen wir den Geist, der ihn beherrschte, auf uns wirken, und denken wir daran, wie im allgemeinen in nächster Zukunft die wichtigsten Probleme erörtert worden sind, so dürfen wir freudig sagen, daß er die Erwartungen erfüllt hat, die auf ihn gesetzt worden sind. Der Schreiber dieser Zeilen hat zum erstenmale einem badischen Parteitag beigewohnt und selten während eines Vierteljahrhunderts einen prunklicheren oder lächerlicheren Parteitag mit dem gleichen Gefühl froher Zuversicht verabschiedet, wie den gestern zu Ende gegangenen Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Und nun Genossen! Frisch an die neue Arbeit! Sie ist riesengroß, sie zu bewältigen gereicht dem arbeitenden Volke zum Segen. Alle Kraft auf die Hauptpunkte konzentriert: den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens, die Sicherung der Demokratie, die grundlegende Tätigkeit für die sozialistische Gestaltung der Dinge. Von links droht der tödliche Wirwar, von rechts die Reaktion. Mit beiden Gefahren müssen wir fertig werden. Und wir werden es, wenn wir wollen. Wir haben ein Recht, Vertrauen zu uns selbst und zu unserer Sache zu haben. Wir haben die Reaktion nicht geächtet, als sie, ausgerüstet mit allen Machtmitteln der Staatsgewalt, uns niederzukreten veruchte. Wir sollten sie heute fürchten? O, nein! Zu Lebentanden zählen unsere Anhänger im engeren Heimatlande. Haben die Genossen Entschlossenheit, sind sie sich ihrer Pflicht und Aufgabe bewußt, dann reissen wir die Massen mit, trotz Glend, Not und hundertfacher Sorgen. Die Gegner wissen es, sie fürchten es auch. In badenden und zündenden Worten hat der Vorsitzende des Parteitages, Genosse Forster, Aufgabe und Weg in seinem Schlusswort bezeichnet. Nun wohl! Vorwärts!

Die Verbrechen Oesterreichs gegen Serbien.

Das Wallfische Büro verbreitet soeben eine Darstellung der Sitzung des oesterreichisch-ungarischen Ministerrats vom 7. Juli 1914, die im Wiener „Morgen“ mitgeteilt wird. Das Blatt hofft mit seiner Enthüllung zu zeigen, wie gering der Einfluß des Volkes auf die entscheidenden Ereignisse war; desto mehr werden die Staatsmänner belächelt. Das Blatt stellt zunächst fest, daß am Tage nach dem Ministerrat vom 7. Juli 1914 in einer amtlichen Mitteilung der Öffentlichkeit vorgegaukelt worden ist, es habe sich dabei nur um eine Beratung notwendiger Maßnahmen der inneren Verwaltung von Bosnien und der Herzegovina (nach der Mordtat) gehandelt. Statt dessen, so teilt der „Morgen“ mit, hatte festgelegt:

Zunächst habe der Außenminister Graf Berchtold erklärt, der Ministerrat sei einberufen, um über die Maßnahmen zur Sanierung der durch die Katastrophe in Serajewo hervorgerufenen Mißstände in Bosnien und der Herzegovina zu beraten. Vordringlich müsse man aber sich darüber klar werden, ob nicht der Moment gekommen sei, Serbien durch Strafbestrafung für immer unschädlich zu machen. Weil solch ein entscheidender Schlag allerdings nicht ohne diplomatische Vorbereitungen geföhrt werden könne, habe er bereits mit der deutschen Regierung Föhlung genommen. Nun sei wohl noch notwendig, mit Italien und Rumänien zu rechnen, doch sei er in Übereinstimmung mit dem Berliner Kabinett der Ansicht, daß es besser wäre, zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzuwarten. Außerdem verfolge die Politik des Zusammenstießes der Balkanstaaten mit Rumänien. Es werde gewiß im entscheidenden Moment den Balkanbund gegen Oesterreich-Ungarn auszuspielen. Deshalb müsse man zur Stärkung der Position der Schaburger Monarchie und weil ein Abwarten als Schwäche ausgelegt würde, zuvorkommen und durch rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den im vollen Gange befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten versuchen, was später zu tun nicht mehr möglich wäre. Auf die Vorstellung Liszka, der erklärte, sich nicht unbedingt für den Krieg erklären zu können, da man auch durch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg eine starke Demütigung Serbiens erzielen könne, habe Graf Berchtold erklärt, eine radikale Lösung sei nur durch energisches Eingreifen möglich. Auch der Ministerpräsident Graf Stürgkh sei dafür eingetreten, indem er sich auf die Meinung des Landeshefies in Bosnien, des Generals Potiorek, berufen habe, der sich für einen kräftigen Schlag gegen Serbien ausgesprochen habe. Der Pole Bilinski habe erklärt, als oberster Vorkämpfer Bosniens und der Herzegovina könne er sich mit einem diplomatischen Erfolg allein nicht begnügen. Derselben Anschauung sei der Kriegsminister gewesen, der daran erinnert habe, daß die letzten Kriege stets ohne Kriegserklärung begonnen worden seien. Obwohl Liszka nochmals auf die Furchtbarkeit eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen hingewiesen habe, habe Graf Berchtold als Ergebnis der Debatte festgelegt:

1. Daß alle Versammlungen eine rasche Entscheidung mit Serbien in einem kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschten.
2. Daß der gemeinsame Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des Grafen Liszka anzuschließen, nach welcher erst mobilisiert werden solle, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und diese zurückgewiesen worden wären.
3. Daß alle Anwesenden mit Ausnahme des Grafen Liszka der Ansicht seien, daß solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden möchten, die die Ablehnung voraussetzen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege des militärischen Eingreifens angebahnt werde.

Wenn die Darstellung des Wiener „Morgen“ sich bewahrheiten sollte, würde die frühere oesterreichische und deutsche Regierung schwer mit einer furchtbaren Mißthat belastet werden. Dann geböten aber auch sofort die Schuldigen gebührend am Stragen geföhrt.

Ablehnung des Friedensvertrages durch französische Sozialisten.

Berlin, 7. Sept. In der Sitzung der französischen Kammer erklärte der Sozialist Mirral, daß er und seine Freunde den Friedensvertrag nicht ratifizieren würden, weil die Unterhändler sich nicht in dem Gedanken an einen dauerhaften und gerechten Frieden abgefunden hätten. Die zeitliche Besetzung des Rheinlandes sei die Quelle von Konflikten. Die Regelung der Kolonialfrage sei ausgegangen von dem englischen Imperialismus. Die Frage von Persien, Kleinasien und Ägypten, ja selbst die von Marokko sei gefährdend. Frankreich als Sieger habe das Maximum verlangen wollen und das hätten seine Alliierten gestattet, um auch für sich nach dem Maximum zu streben. Habe man etwa geglaubt, durch die Lösung der Saarfrage Frankreich zu dienen. Maurice Barres habe am linken Rheinufer eine Anstärkungspropaganda mit Deutschland gewirkt. Redner betonte, daß das in der Hoffnung geschehen sei, die rheinische Bevölkerung von Deutschland loszulösen. Das sei eine verheerende Verbrechen der deutschen Politik. Er und seine Freunde würden gegen den Vertrag stimmen, weil er von der Geheimdiplomatie abgeschlossen sei. Man müsse dafür sorgen, daß die Wähler nicht in einen falschen Sicherheitsglauben eingeschleiert würden; deshalb rufe er den Arbeitern zu: „Büßt nur auf euch selbst; denn ihr müßt den Frieden organisieren!“ Die Arbeiter wollten keinen französischen, keinen englischen, keinen amerikanischen Frieden, sondern einen humanen Frieden.

Noch keine Entlassung der russischen Kriegsgefangenen.

Entgegen anderslautenden Meldungen besteht, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, zur Zeit keine Möglichkeit, die russischen Kriegsgefangenen durch die östlichen Mandatstaaten hindurchzuführen. Die deutsche Regierung ist nach wie vor von den Einwirkungen der Entente auf die Regierung dieser Mandatstaaten in ihren Maßnahmen abhängig. Es muß also leider mit der Tatsache gerechnet werden, daß die russischen Kriegsgefangenen trotz der fähigeren Verpflegungslage des Reiches und trotz ihres begreiflichen Wunsches auf baldige Heimkehr in der Mehrzahl noch bis in den Winter hinein in Deutschland bleiben müssen. Denn auch für den Abtransport über See im Großen fehlt es an der dazu erforderlichen Tonnage. Die deutsche Regierung wird wie bisher so auch in Zukunft den Abtransport ausschließlich nach dem Gesichtspunkt leiten, daß jeder Kriegsgefangene so abtransportiert wird, daß er möglichst seine Heimat erreicht oder die Gegend, in die er sich zu begeben wünscht.

Die deutsche Regierung über die Vorgänge im Baltikum.

Berlin, 8. Sept. Dem Führer der lettischen Delegation in Berlin, Schreiner, wurde vom Reichsminister des Innern Hermann Müller folgende Note übergeben:

„Die deutsche Regierung beurteilt auf das schärfste die am 14. August in Mitau von deutschen Truppen gegen lettische Soldaten und Bürger verübten Gewalttätigkeiten und spricht der lettischen Regierung ihr lebhaftes Bedauern über diese Vorkommnisse aus. Ohne damit die Vorkommnisse irgendwie entschuldigen zu wollen, glaubt die deutsche Regierung doch die lettische Regierung auch bei dieser Gelegenheit auf die Ursachen der äußerst gereizten Stimmung eines Teiles der deutschen Truppen aufmerksam machen zu müssen. Ein Teil der deutschen Soldaten ist in hohem Grade erbittert darüber, daß die lettische Regierung den fremdlandischen Soldaten zu einer Zeit, als ihr deutsche militärische Hilfe unentbehrlich schien, das Recht auf Einbürgerung gab und damit die Niederlassung und Ansiedlung erlaubte, daß sie diesen nunmehr jede Anwartschaft hierauf absperrt. Dessenungeachtet versucht die deutsche Regierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln insbesondere auf dem Wege starker Weisung der Truppen durch ihre Führer weiteren Ausbrüchen dieser erbitterten Stimmung vorzubeugen und die Truppen zur Aufgabe des Widerstandes gegen den ihnen von ihr gegebenen Befehl der schleunigen und vollständigen Abmarchung aus Lettland zu bewegen. Die deutsche Regierung spricht die Hoffnung aus, daß sie hierdurch zu dem von ihr erstrebten Ziel der Verhinderung weiterer Unfortwähigkeiten der deutschen Truppen in Lettland gelangen wird.“

Wilhelm soll nicht prozessiert werden.

Amsterdam, 8. Sept. Nach einer Meldung des Pressebüros Dabio erklärte Staatssekretär Van Sijng in einer Rede über die Verhandlungen der Friedenskonferenz bezüglich des gerichtlichen Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser, es sei vom ersten Augenblick an erstlich gewesen, daß die Mitglieder der Kommission entschlossen waren, den Kaiser vor einen internationalen Gerichtshof zu stellen. Die Kommission habe mit der Untersuchung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit begonnen, sei aber schließlich einmütig zu dem Ergebnis gelangt, daß es nicht möglich sein würde, den Kaiser für den Ausbruch des Krieges oder für den Einmarsch in Belgien und Luxemburg strafrechtlich verantwortlich zu machen.

400000 Arbeiter für den Wiederaufbau.

Berlin, 8. Sept. Privattelegramm. Die der „Vortwärts“ hat, haben sich bis jetzt 400 000 deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau in Nordfrankreich gemeldet.

Berlin, 8. Sept. Die Reichsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die bereits angezeigte Konferenz mit Vertretern der englischen Regierung wurde am 8. Sept. zu Köln eröffnet. Als bisheriges Ergebnis wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenen Mitteln voraussichtlich bis auf weiteres 3000 Gefangene täglich in Köln übergeben werde und wöchentlicher mit eigenen Schiffen 8000 Mann nach Rotterdam schaffen

könnte unter der Voraussetzung des Einverständnisses der holländischen Regierung. Eine weitere Steigerung der Demobilisierung hängt davon ab, in welchem Umfange die deutsche Regierung in der Lage ist, rollendes Material und Schiffsraum zu stellen.

Die Vorgänge in Birkenfeld.

Berlin, 8. Sept. Rechtsanwalt Beller-Birkenfeld fandte an die Reichsregierung folgende Depesche:

„Birkenfeld hat sich vom Lande Ostpreußen in der Landesausschreibung vom 30. 8. losgeragt als selbständige Republik im Verbands des deutschen Reiches. Es ist Volksabstimmung über Anschließung an einen Nachbarstaat bereits in die Wege geleitet. Wir bitten um telegraphische Anerkennung. Der § 18 der Reichsverfassung ist von der Besatzungsbehörde, da es sich um das besetzte Gebiet handelt, als nicht vollziehbar erklärt worden. Die französische Besatzungsbehörde hat die Republik Birkenfeld bereits anerkannt. Regierung der Republik Birkenfeld geg. Beller.“

Hierauf ist folgende Antwort des Reichsministeriums des Innern ergangen:

„Die Erklärung des Ostpreussischen Landeshefies Birkenfeld zu einer selbständigen Republik ist unvereinbar mit den Artikeln 18 und 178 der Reichsverfassung. Die gewünschte Anerkennung durch die Reichsregierung wird daher verjagt. Der Reichsminister des Innern geg. Dabid.“

In Birkenfeld kam es am Freitag zu einem Proteststreik. Darauf wurden die öffentlichen Gebäude von französischem Militär besetzt und die Wiederaufnahme der Arbeit erzwungen. Es wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Die Fabrikanlagen wurden zusammengegriffen. Denen, die nicht sofort erschienen, wurde eine Strafe von 4000 M auferlegt. Die Fabriken, in denen gestreift wurde, haben 1000 M Strafe zu zahlen. Für jeden weiteren Streiktag werden 10 000 M Strafe angedroht.

Die erste öffentliche Versammlung in der Pfalz.

Manheim, 5. Sept. Die „Pfalzzentrale“ meldet: Oesterreich in Frankreich die erste öffentliche Versammlung statt, zu der sämtliche Parteien eingeladen hatten und die einen gewaltigen Besuch zu verzeichnen hatte. Der mehrheitlich sozialdemokratische Abgeordnete Profijt hielt das große politische Referat über die pfälzische Frage und sprach dabei das Todesurteil über die Restlosigkeitsbestrebungen aus. Die Saal- und Genossen bezeichnete er zum erstmaligen öffentlich als Hoch- und Landesverräter. Die Vertreter der übrigen politischen Parteien sprachen sich in gleichem Sinne aus. Die Reden endeten mit dem Verlangen: Gebt den Pfälzern Rede- und Versammlungsfreiheit, damit sie ihre politischen Angelegenheiten selbst erledigen können; dann wird auch Ruhe im Lande eintreten. Eine Resolution in diesem Sinne wurde von den Tausenden Versammlungsteilnehmern angenommen. Am nächsten Sonntag finden gleiche Versammlungen in Speyer, Neustadt a. S., Zweibrücken, Kaiserslautern, Pirmasens, Landau usw. statt.

Helfrich contra Erzberger.

Berlin, 8. Sept. Privattelegramm. Die Morgenblätter veröffentlichten ein Schreiben des Staatsministers Helfrich an den Reichspräsidenten Ebert, worin Helfrich daran erinnert, daß drei Wochen vergangen seien, seitdem das Reichsjustizministerium mit der Prüfung eines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens beauftragt worden ist und ihn er im Interesse der Reinlichkeit des öffentlichen Lebens notwendig ein gerichtliches Verfahren in aller Öffentlichkeit fordert, indessenfalls aus dem Unterbleiben eines solchen Verfahrens die einzig mögliche Folgerung zu ziehen sei. Sollte sich der Reichsfinanzminister noch länger dieser Alternative entziehen, so würde Helfrich genötigt sein, seine bisher geübte Zurückhaltung fallen zu lassen. — Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, hat das Reichsjustizministerium die Prüfung des Materials beendet und das Ergebnis seiner Untersuchung dem Reichsanwalt Bauer unterbreitet, der bestimmte, daß im Namen des Reichsministeriums Strafanzug gegen Helfrich gestellt werde.

Die Kartoffelbewirtschaftung 1919.

Berlin, 8. Sept. Das Reichslandwirtschaftsministerium erklärt eine Verordnung für die Bewirtschaftung der Kartoffeln im laufenden Wirtschaftsjahr. Die öffentliche Bewirtschaftung, insbesondere die Vorrichtungen über die Sicherstellung und Befreiung sollen aufrecht erhalten werden. Bei Freigabe des Handels würde eine erhebliche Preissteigerung und in deren Folge Lohnkämpfe und Unruhen unausbleiblich sein. Die gesamte Ernte, mit Ausnahme der Selbstversorger und Wirtschaftsmenge, ist wie bislang sicherzustellen. Die Wochenration beträgt sieben Pfund, dazu für November—Januar zwei Pfund Zulage. Die unmittelbare Einbindung auf Bezugsstellen ist wesentlich erleichtert. An Saatgut sind 10 Zentner für jeden Morgen zugelassen. Die Befreiung der Schwundprocente bleibt nach Maßgabe des Entschlusses vorbehalten.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Diebig.

Nachdruck verboten.

Geräuschlos stand sie auf, stellte sich hinter ihn und legte ihre Wangen auf seinen Scheitel. „Woran denkst du? Gaben sie drauß die Dummheiten gemacht?“

„Wie? — wie?“

„Mein Gott, wie du aufspritzt! Ich fragte ja nur!“

„Du sollst mich nicht fragen, du weißt, ich kam es nicht vertragen, ich — ich — es macht mich ganz taub!“

„Berzähl!“ Es lag keine Verletztheit in ihrer Stimme, aber eine stille Trauer in der Bewegung, mit der sie nun vom ihm fort trat und sich wieder an ihren Platz setzte. Sie strich ihm ein Butterbrötchen.

„Willst du auch ein bißchen Sonig darauf haben?“

Er gab keine Antwort. Aber als sie auch noch Sonig über die Butter gestrichen und ihm das Brötchen süßschmeckend auf den Teller geschoben hatte, ob er es stillschweigend auf.

In dem behaglichen Zimmer tickte die Uhr, die Zeit ging unaufhaltsam weiter — schade um jede Minute, die da verstrich, unwiederbringlich dahin war, ohne gemessen worden zu sein! Ja — mit einem tiefen Atemzug sah Doltschal auf — er war doch glücklich, wirklich glücklich, über im Hause, bei seiner Frau, bei seinen Kindern! Daran mußte man sich eben halten!

Selene sah nicht mehr am Tisch, sie war ans Fenster getreten, wo zwischen den Doppelstühlen Spazierschiffen, Tagetten und Primeln blühten, ein ganzer Flor. Sie besah ihre Blumen, ein süßer Duft umwobte sie. Ach, sie war doch keine gute, keine geliebte Frau! Wie konnte er nur einen Augenblick wohnen, daß das Glück ihn ließe, daß alles sich verjüngern habe, ihn zu kränken, zu peinen, zu weizen? Wenig trat er zu ihr und küßte ihre Hand: „Selene, es war nicht böse gemeint!“

„Das weiß ich, das ist selbstverständlich, daß du's nicht böse meinst!“ Ihr zartes Gesicht ihm zuwendend, sah sie ihm

tief in die Augen. „Wenn du nur glücklich wärest, Gams!“

„Bin ich denn nicht glücklich? Warum fragst du mich? Wie kommst du darauf?“ Er sah sie argwöhnlich an. „Du bist wohl nicht glücklich, daß du so von mir denkst? Ich bin glücklich, sehr glücklich — wer sagt, daß ich nicht glücklich bin? Aber freilich, wenn du nicht glücklich bist, dann —“ Er suchte die Achseln.

„Ich bin glücklich!“ Sie sagte es ruhig, mit einer seltenen Zuversicht.

„Nun denn also — was wollen wir dann noch mehr?“ Er schlug einen heikleren Ton an: „Weißt du, du mußt es nicht gleich tragisch nehmen, wenn ich mal traudel welchen Verdruß habe!“

„Sage ihn mir.“ hat sie rief.

„Wozu? Männerlachen sind keine Frauenlachen. Ich will ja auch nicht alles wissen, was du an deine Eltern, an deine Dutzend Freunde schreibst!“

„Gams!“ — sie sah ihn innig an — „du weißt sehr gut, daß ich nur dich auf der Welt habe. Selbst meine Eltern sind mir fernher getreten. Nicht, daß ich sie weniger liebte, o nein, aber hier bei dir, nur hier wurde ich jetzt ganz. Und du läßt mich jetzt so oft allein! Ich meine nicht, lagte sie rief, als er sie unterbrechen wollte, daß du nicht aus dem Feld gehen sollst, aus dem Vorwerk, dich nicht um deine ganze Wirtschaft kümmern sollst! O nein!“ Tränen stiegen ihr in die Augen, aber sie unterdrückte sie tapfer. „Deine Seele ist nicht bei mir! Du hast viel im Kopf, ja, aber ich würde mich gern darcin finden, wenn ich nur sehen könnte, daß es dich froh macht. Du bist mir's zwar nicht gewagt, aber ich weiß es doch: du möchtest dich gerne aufstellen lassen zur nächsten Wahl — wie soll es dann erst werden?“ Sie rang leicht die Hände ineinander und blinzelte starr geradeaus: „Ich fürchte, wir werden bald gar nichts mehr von dir haben, die Kinder und ich!“

„Sche dich.“ hat er und rückte sie in den nächsten Sessel. Auf der Lehne Platz nehmend, legt er vertraulich den Arm um ihre Schulter.

„Sieh mal, wenn du meinst, ihr hättet dann weniger

von mir, dann tröst du. Im Gegenteil, ihr hättet mehr! Denn ich würde so viel freundlicher sein, so viel verständlicher, so ganz anderer Stimmung. Das verzeiht du eben nicht. Ihr Frauen seid gutredend, wenn ihr für Mann und Kind und Haus sorgt, aber wir Männer — ja, wir haben eben noch etwas anderes! Und das quält mich, daß ich nicht wirken kann, wie ich möchte, daß ich hier lebe wie auf einer wüsten Insel!“

„Ach, ein Deutschland eine wüste Insel?“ Sie machte einen ärtlichen Versuch zu lachen.

„Du weißt recht gut, wie ich's meine.“ sagte er, „kann wieder leicht gereizt.“ „Dah ich Deutschland nicht lieb hätte, davon kann wohl keine Rede sein. Aber gerade weil ich's liebe, so sehr, daß mir jede Bürde deutschen Lebens so teuer ist, wie — wie —“ er suchte nach einem Vergleich — „ich finde nichts, was mir teurer wäre! Es ärgert mich, es fränkt mich, es schmerzt mich tief — keine Stimme wurde erragt —/ „wenn ich sehe, wie —“

Er brach plötzlich ab; die Stirn furchend, verlor er wieder in Grüdeln.

„Weißt du, ich hab dich über die Wangen.“ „Sprich dich aus, Gams, sprich!“ Es wird dir gut tun. Du sagst, ich verstehe es nicht, Frauen könnten so etwas nicht verstehen, nun, ich werde es lernen, du verstehst. Und wenn ich es nicht ganz lernen kann, so wird mir Gott doch ins Herz geben, was ich zu tun habe. Immer!“

„Mein Gott, Selene, quäle mich nicht! Das sind eben undefinierbare Dinge; man sieht sie — sie liegen in der Luft — aber erzählen kann man sie nicht. Ich habe nichts zu erzählen!“

Er wurde rot — da erlachte er sich auf einer Höhe, hatte er denn wirklich nichts zu erzählen? Aber warum ihn von dem Drogbrief jagen? Sie würde sich seinmühen, ihre Augen würden ihn ängstlich begleiten, ihre Sorge ihm folgen, überallhin. War es nicht genug, daß er sich so erregt hatte? Wer wußte den Brief geschrieben haben machte? Da war niemand, dem er eine solche Gemeinheit zutrauen konnte. Auch war er sich nicht bewußt, jemanden beleidigt zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Parteitag.

Karlsruhe, 6. September.

1. Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Ein anderes Bild wie im letzten Jahre hat unser Parteitag. Nichts damals das kleine Tagungslokal in der Offenburger „Mittelstraße“ benutzend, um die 73 zum ersten und einzigen Kriegsparteitag erschienenen Delegierten zu fassen, so erwies sich in diesem Jahre zum ersten Friedensparteitag der große Saal der „Eintracht“ kaum als ausreichend, um die etwa 800 Genossen und Genossinnen aufzunehmen, die als Delegierte unserer badischen Parteiorganisationen sich in der Landeshauptstadt eingefunden hatten. Schon in dieser Teilnehmerzahl dokumentiert sich die Stärke und Macht unserer Partei, der Aufschwung, den sie in dem verflochtenen Revolutionsjahre genommen; dokumentiert sich aber auch das Interesse, das die Genossen des ganzen Landes diesem Parteitage entgegenbringen, und die Wichtigkeit und Bedeutung, die allseitig dieser Tagung beigegeben wird. Kaum eine größere Mitgliedschaft dürfte unvertreten gewesen sein.

So hat der vollbesetzte Saal, von dessen Galerie die Rahmen der Karlsruher Arbeitervereine herunterhängen, ein eindrucksvolles Bild, als der Landesvorsitzende Gen. Geiß um 11 Uhr den Parteitag mit einer herzlichen

Begrüßungsrede.

Die Tagung, so führte Gen. Geiß aus, zu der der Vorstand Sie hierhergerufen hat, ist eine der wichtigsten, seit eine sozialdemokratische Partei in Baden besteht. Die Zeiten seit der letzten Tagung in Offenburg haben sich vollkommen geändert, wir stehen in einer ganz anderen Welt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die Dynastien sind gefallen, das Gottesgnadentum ist verschwunden; an deren Stelle ist die Demokratie getreten. Männer aus dem Volke, Profetarier leiten jetzt die Geschicke des Volkes. Moloß Militarismus ist zusammengebrochen und mit ihm die ganze militärische Herrschaft Deutschlands, das deutsche Volk wurde von einem schweren Alp befreit. Schwer trifft unser Volk der Zusammenbruch des wirtschaftlichen Lebens. Jetzt gilt es, aufzubauen und die neue Form zu finden, um das neue Staatswesen auf festen Füßen zu bauen.

Schweren Schaden hat uns der Bruderkampf gebracht; juristische Verurteilung an Geist und Material ist angerichtet worden; und viele Erfolge, die geerntet hätten werden können, konnten nicht eingebracht werden. Aber wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß doch recht bald eine Gesundung des Volkes eintritt. Ein Streit jagt den andern, als gäbe es kein anderes Mittel, um eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Das deutsche Volk kann nur gefunden durch unermüdete, unablässige Arbeit. Unsere Feinde haben uns Bedingungen auferlegt, die nur durch rastlose Arbeit bewältigt und erfüllt werden können.

Unsere Freunde und Genossen sind aus dem Kriegsdienst zu uns zurückgekehrt. Wir begrüßen sie auf das herzlichste. Viele schmachten noch in trübseliger Gefangenschaft und warten mit Sehnsucht auf ihre Befreiung. Hoffentlich kommen auch sie nun bald zurück in die Heimat. Auch sie laden wir ein, nach ihrer Rückkunft in unsere Reihen einzutreten, und mit uns zu arbeiten zum Besten und zum Wohle des Volkes.

Ueber sind es aber auch Viele, die nicht kommen, die in feindlicher Erde ruhen. Wir wollen ihrer in Liebe und Treue gedenken. (Die Delegierten haben sich von ihren Sitzen erhoben.) Vor fünf Jahren ist unser lieber Genosse Dr. Frank gefallen. Er hat sein junges Leben hingegen, auch seiner wollen wir wieder gedenken. Auch Genosse Kolb fehlt uns. Leider ist auch unser Gen. Oskar Ged durch Krankheit verhindert, heute in unserer Mitte zu weilen, wir wünschen ihm baldige und volle Genesung.

Wir hoffen, daß die Verhandlungen getragen sein werden von dem Willen zu ernstlicher Arbeit. Mögen die Verhandlungen dazu beitragen, daß die sozialdemokratische Partei im Reich und in Baden die Rolle spielen kann, die ihr zusteht. Alle Kleinigkeiten möge hintangeseht werden. Mit dem Bild in die Zukunft mögen die Verhandlungen getragen sein von Sachlichkeit und parteigenösslichem Geiste. Dann wird der diesjährige Parteitag ein Meilenstein sein in der politischen Geschichte Badens. Der Parteitag ist eröffnet. (Beifall.)

Es folgt zunächst die Wahl des Büros. Gen. Schwerdt-Karlsruhe schlägt als 1. Vorsitzenden vor Gen. Richard Porter-Karlsruhe, als 2. Vor. Gen. Niedmiller-Emmendingen, als Schriftführer die Genossen Rothländer-Schopfheim, Graf-Forsheim und Genossin Gombel-Heidelberg. Dem Vorschlag des Genossen Schwerdt wird ohne Widerspruch zugestimmt. Gen. Porter übernimmt den Vorsitz. Zur Mandatsprüfungskommission schlägt Gen. Schwerdt die Gen. Bees-Karlsruhe, Oralla-Bruchsal, Arnold-Forsheim und Genossin Sant-Freiburg vor. Auch diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten. Als vorläufige Tagesordnung ist festgelegt:

1. Wahl des Büros, der Mandatsprüfungskommission und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des Landesvorstandes, Kasernenbericht, Jugend- und Bildungsarbeit, Parteipresse, Referenten: Genossen A. Geiß und Karl Schön.
3. Aenderung des Organisationsstatuts nach den Beschlüssen des Parteitag in Weimar.
4. Kasernenbericht:
 - a) Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Abg. A. Marxum (Karlsruhe).
 - b) Bericht über die Tätigkeit der Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung. Referent: Abg. Chr. Stad (Heidelberg).
5. Gemeindepolitik. Referent: Stadtrat W. Engler (Freiburg).
6. Beratung etwaiger Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt wurden.
7. Wahl des Landesvorstandes.

Anschließend an den Parteitag findet im gleichen Lokal am Montag, den 8. September, vormittags 10 Uhr beginnend, eine Frauenkonferenz mit folgender Tagesordnung statt:

1. Agitation und Organisation. Referentin: Genossin Therese Blase (Mannheim).
2. Frauenarbeit und Frauenjuch. Referentin: Genossin A. Fischer (Karlsruhe).

Es liegt zur Tagesordnung ein Antrag vor, als Punkt 2a einzufügen: Die künftigen Aufgaben der Partei in der Bildungsarbeit. Der Antrag weist darauf hin, daß Anträge vorliegen, die sich mit derselben Frage befassen, es sei also nicht nötig, diese Frage als besonderer Punkt zu behandeln, er schlage aber vor als 4. Punkt einzufügen: Die künftigen Aufgaben der Partei, Referent Gen. E. Maier-Heidelberg, als 5. Punkt dann die Gemeindepolitik zu behandeln, und im übrigen die Tagesordnung zu belassen. — Der Parteitag ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die provisorische Geschäftsordnung wird als endgültig angenommen, die Tagungszeit wird auf vormittags bis 1 Uhr und nachmittags von 3 Uhr ab festgelegt.

Gen. Porter stellt die Unterstützungsfrage zu dem zum 4. Punkt eingebrachten Anträge. Wir haben die Anträge bereits veröffentlicht. Der Antrag Offenburg „Die Pressefrage des Bezirks Offenburg auf die Tagesordnung zu setzen“ wird nicht ge-

nügend unterstützt, ebenso der Antrag Baden-Baden: „Der Parteivorstand möge der in Baden-Baden zu gründenden Zeitung und der gegründeten Genossenschaft die Genehmigung erteilen und ihr ein Verbreitungsgebiet in Mittelbaden zuweisen.“ Alle übrigen Anträge werden genügend unterstützt, kommen also mit zur Besprechung.

Bericht der Landesvorstandes, Kasernenbericht, Jugend- und Bildungsarbeit, Parteipresse.

Genosse Geiß führte aus, daß der Erspenis halber und aus Mangel von einem gedruckten Geschäftsbericht abgesehen wurde. In gedrängter Form ist zum Geschäftsbericht zu sagen, daß der Landesvorstand mit Geschäften überhäuft war. Durch die Revolution kam ich in die Regierung, bei der ich festgehalten wurde. Andere Mitglieder des Landesvorstandes wurden in die Nationalversammlung gewählt, was bei der Kritik berückichtigt werden mußte. Dazu kam, daß leider unser Genosse Ged vielfach durch Krankheit an der Mitarbeit gehindert wurde. Bei unserem letzten Parteitag im vorigen Jahre befanden wir uns noch inmitten des Brudermordes. Die damaligen Meinungen über den Abschluß des Krieges haben sich nicht erfüllt. Noch einiger Zeit zeigte sich bereits, daß sich Explosionen ankündigten. Wir schlugen rechtzeitig die Bildung von parlamentarischen Regierungen mit einem entsprechenden Programm vor; unser Vorschlag wurde jedoch nicht angenommen. Wir feierten uns am 8. November in Mannheim mit den Vertrauensleuten der revolutionären Massen in Bewegung. Es zeigte sich, daß das Spiel auf des Meisters Schenke hand. Es wurde in der Kreisversammlung beschlossen, daß ich nach Karlsruhe reisen solle, um dem damaligen Kabinett Bodmann den Rücktritt des Kabinetts, Bildung einer parlamentarischen Regierung und Einberufung des Landtags vorzuschlagen. Diese Mitteilungen dürften den Genossen neu sein. In Begleitung des Genossen Marxum begab ich mich zu Bodmann, um ihm diese Vorschläge zu machen, damit der Generalstreik verhindert werde. Bodmann teilte mir mit, daß der Großherzog diesem Vorschlag zustimmen und die neue Regierung am Freitag gebildet und der Landtag einberufen werden sollte. Während wir uns unterhielten, kam ein Bote herein, der die Nachricht brachte, daß sich in Mannheim ein Soldatenrat gebildet habe, in Karlsruhe lag es ähnlich; es war zu spät! Doch auf gingen die Wogen der revolutionären Bewegung. Im Ganzen genommen sind wir über die Zeit gut hinweggekommen. Wenn wir einig und geschlossener sind, so werden wir der Situation gewachsen sein. Unsere Organisation hat einen Stand erreicht, den wir uns vorher nie hätten träumen lassen. Wenn allerdings manche Parteigenossen erwartet haben, daß wir die Mehrheit in den Nationalversammlungen erhalten würden, so irren sie sich, wie jeder Kenner der Verhältnisse sich im voraus sagen mußte. Die Frauen, die das Wahlrecht erhielten, wählten eben zum Teil antisozialistisch. Auch die jugendlichen Wähler haben nicht in so großem Umfange für uns gewählt, wie man es hätte erwarten dürfen. Sehr gute Ergebnisse haben wir bei den Gemeindevoten erzielt. Eine große Zahl von Genossen antworten heute als Bürgermeister. Wenn sich eine große Anzahl von uns in den Gemeindeparslamenten ausbreitet, so wird unser Genosse, der nötigen Kraft und Energie ausüben werden, so sage ich, wir haben alle einmal anfangen müssen und ich habe das Vertrauen, daß die Genossen in den Gemeindevorständen sich allmählich zu tüchtigen parlamentarischen Kräften heranbilden werden. Zur Arbeit auf allen Gebieten müssen wir jetzt zusammenhalten, wozu unsere heutige Beratung die Grundlage geben möge. (Beifall.)

Genosse Schön gibt in ausführlicher Weise den Geschäftsbericht. In den ersten 4 Kriegsjahren ruhte die organisierte Tätigkeit des Landesvorstandes fast völlig. Nicht das ganze Volk hand unter den Waffen. Auch bei den wachsenden Schwierigkeiten der Jugend für unsere Parteipresse. Allmählich erst hing das politische Leben wieder zu pulsen an. Die bis es dann in der Revolution größte Ausdehnung gewann. Die zahlreicheren Mitglieder müssen nun zu richtigen Sozialdemokraten erzogen werden. Der Landesvorstand hatte in den ersten 10 Monaten intensive Arbeit zu leisten. Ich brauche nicht weiter an die Wahlen zu denken, und zur badischen Nationalversammlung, an die Gemeindevoten, an die Wahlen zu den Kreis- und Bezirksversammlungen zu erinnern. Das Resultat der Wahlen läßt sich sehen. All denen, die sich zur Revolution und zur Wohlfahrt zur Verfügung gestellt haben, ist herzlich Dank zu sagen. Die Bewegung entwickelte sich in den einzelnen Wahlkreisen im allgemeinen günstig. Der Redner geht in ausführlicher Weise auf die Entwicklung und den Stand der Parteibewegung ein. Die Eingänge des Landesvorstandes beliefen sich im Rechnungsjahr auf 1714; die Ausgaben auf 2077. 91 Mitgliederbereinungen waren im Laufe zu verzeichnen; 92; ferner fanden statt 1283 öffentliche Wahlversammlungen; 73 Frauenversammlungen. Zur Verteilung gelangten 2 und 5 Millionen Flugblätter und Stimmzettel, sowie 235 000 sonstige Flugblätter. Briefschaften, Handzettel, sowie 235 000 sonstige Briefschaften der Gemeindevoten geht für den gesamten Kreis Konstantz 2 Bürgermeister, 88 Kreisabordnete, 441 Gemeindevorordnete, 11 Bezirksräte, 13 Kreisabordnete; für den Kreis Freiburg 493 Gemeindevorordnete, 89 Gemeinderäte, 10 Bezirksräte, 8 Kreisabordnete usw. Der Zuwachs der Mitgliedschaften ergibt sich auf folgender Uebersicht: Am 31. März 1914 waren in 226 Mitgliedschaften 26 866 Mitglieder, am 31. März 1918 waren in 106 Mitgliedschaften 5711 Mitglieder (im Deceberdient 17 765 Mitglieder); am 30. Juni 1919 waren in 328 Mitgliedschaften 40 727 Mitglieder; hier von 35 494 männliche und 5282 weibliche. An Beitragsmarken wurden verkauft: im 1. Quartal 1919/20 357 032 männliche, 54 492 weibliche; Aufnahmen 8250. Für die Wahlen hat die Landeskasse etwa 47 000 M. aufgewendet. Die Opferwilligkeit hierfür war allerorts eine große. Im ganzen haben die Wahlen in Baden etwa 200 000 M. gekostet, im Verhältnis zu früher ein riesiger Betrag.

Mit dem Ausbruch der Revolution wurden auch die Fäden der Jugend- und Bildungsarbeit wieder aufgenommen. Nunmehr muß gemäß dem Beschluß des Parteitagsschusses eine neue Grundlage für die Jugendarbeit geschaffen werden. Anfangs Oktober d. J. wird eine Konferenz der Jugendvereine Badens stattfinden, die gemäß den Richtlinien ein Programm festlegen soll. Vor allem müssen die Lehrer zur Mitarbeit herbeigezogen werden. Gaben die Genossen das 18. Lebensjahr überschritten, so müssen sie in Reich und Obied in der Partei mitarbeiten.

Ein wunder Punkt ist die Frauenbewegung. Man hätte erwarten sollen, daß sie sich bei den Wahlen besser beteiligen würden. Auch in den Organisationen entspricht der Zuwachs nicht den Erfordernissen. Zur Presse ist zu sagen, daß, soweit Anträge auf Neuschaffung von Blättern berechtigt sind, die unsere Unterstützung erhalten. So findet der Antrag des 1. Landeskommissariats auf Schaffung eines Organs in Singen unsere Unterstützung. Die Genossen des 1. Bezirks haben von allem Anfang an Hand in Hand mit dem Landesvorstand und Parteivorstand gearbeitet. Die Herausgabe des Blattes wird sich im Laufe des kommenden Jahres ermöglichen lassen. Wo man uns jedoch bei der Neugründung nicht fragt, können wir auch keine Verantwortung übernehmen. Vor allem kommt es auf die Qualität, auf den inneren Ausbau der Blätter an, um sie insallig und technisch zu vervollkommen. Den Antrag auf Abtretung des Kreis Offenburg von Karlsruhe an Freiburg müssen wir ablehnen, da man noch nicht die zukünftige Zuteilung des Wahlkreises Offenburg kennt. Ähnlich liegt es mit dem Verlangen nach Koppläuter in Raßau und Baden. Ueberall, wo der

Gebanke an Errichtung neuer Blätter auftaucht, soll der Landesvorstand befragt werden; er wird mit Rat und Tat zur Seite stehen. Heidelberg ging an seine Neugründung ohne Befragen des Landesvorstandes; die besten Wünsche unsererseits begleiteten das Organ, das im Oktober mit einer Probenummer hervortreten will. Das neu erscheinende Mitteilungsblatt für Gemeindefragen soll unseren Gemeindevotern mit Material an die Hand gehen. Zu dauernden Einrichtungen müssen die Gemeindevoterkonferenzen gemacht werden, die sich gut bewährt haben. Wir müssen heute zu fleißiger gemeinsamer Arbeit zusammenhalten. Jeder Einzelne muß sich in den Dienst der Arbeiterklasse stellen. Der Sozialismus marxiert; er wird sich durchsetzen trotz Angriffe von rechts und links. (Beif. Beifall.)

Eingegangen ist ein Antrag: Für den „Volksfreund“ soll ein Sonntagsblatt und ein Blatt für die Frauen geschaffen werden. Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Gen. Niedmiller eröffnet nach 1/3 Uhr die Sitzung. Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Gen. Bees-Karlsruhe: Der Parteitag ist von 261 Delegierten besucht, darunter 24 Abgeordnete des Landtags, weiter 4 Abgeordnete der Deutschen Nationalversammlung, 6 Vertreter des Landesvorstandes, 1 Vertreter der bayerischen Partei, Gen. Gahler und Gen. Wels vom deutschen Parteivorstand; außerdem 6 Genossen aus der badischen Regierung. — Die Mandate werden für unbeanstandet erklärt.

Gen. Niedmiller teilt mit, daß der Landesvorstand von Württemberg und von Hessen sich wegen Arbeitsüberhäufung entschuldigt haben. Von Gen. Oskar Ged. Mannheim ist folgender Brief eingegangen:

An den Parteitag 1919 der Badischen Sozialdemokratie zu Karlsruhe.

Infolge der schweren Operation, der ich mich vor kurzem unterziehen mußte, immer noch aus Krankheit gekesselt, ist es mir zu meinem schmerzlichen Bedauern nicht möglich, am ersten Parteitag im republikanischen Deutschland teilzunehmen. Im Geiste freilich bin ich über die beiden Tage bei meinen badischen Genossen, mit denen ich so lange Jahre schon in gleicher Front kämpfte, und teile mit ihnen die Sorge und die Mühe um das Wohl der Partei und der von ihr vertretenen Klasse. Möge die badische Sozialdemokratie, deren Jahrgesamte alte realpolitische Schulung dafür die beste Gewähr bietet, durch Zusammenfassung und kraftvolle Belebung der politischen Energien des gesamten Proletariats, der schaffenden und vortreibenden Stände aller Art, den Weg zur Verwirklichung der erhabenen Ideen des Sozialismus finden, nachdem sie das Werk der politischen Demokratie zu erfolgreichem Abschluß gebracht hat!

Nicht nörgelnde Mitleidenschaft, sondern geistigere Voraussetzungen und kraftvoller Vorstoß sind jetzt das Gebot der Stunde, wenn das arbeitende Volk die Genuß des historischen Augenblicks nicht unüberdringlich verstreuen und verpuffen will.

In diesem Sinne den aus dem ganzen Lande versammelten Parteigenossen herzliche Grüße und beste Wünsche zum Verlauf ihrer Tagung!

Oskar Ged, Redaktor, M. d. N. B.

Gen. Niedmiller bittet um die Ermächtigung, dem Gen. Bees telegraphisch die besten Wünsche für seine Genesung und baldige Wiederherstellung übermitteln zu dürfen; der Parteitag stimmt dem Vorschlag zu. — Weiter begrüßt Gen. Niedmiller den Gen. Wels vom Deutschen Parteivorstand und den Gen. Gahler von der sozialdemokratischen Partei Bayerns. Es folgt die

Aussprache über den Geschäftsbericht.

Gen. Gahler anerkennt, daß der Landesvorstand durch die Revolution mit Geschäften überhäuft war. In der Presse hätte ein gedruckter Bericht des Landesvorstandes gegeben werden sollen. Auch in der Revolution hätten mehr Direktiven gegeben werden sollen. Unsere Leute haben sich zuviel von den Unabhängigen einwickeln lassen. Die Genossen draußen müssen sich nicht gegen die Unabhängigen zeigen. Fort mit dem Einigungssinn! Wo Koppläuter bestehen, muß für die rasche Zustellung an die Abkommen gefordert werden. Der Papiermangel unserer Presse muß behoben werden.

Gen. W. Baden protestiert, weil der Parteitag nicht in Baden-Baden stattfand. Genosse Geiß hat zu ruhig geredet. Die badener Genossenschaft wurde gegründet, weil uns bereits die badische Sozialdemokratie gegeben wurden. Man ist uns Baden-Badern gegenüber miträuhig. Der „Volksfreund“ kommt zu spät nach Baden. Wir müssen an die vielen gegnerischen Blätter denken.

Gen. W. Baden: Wir hätten mehr nach rechts Front machen müssen, statt nach links. Wenn wir an die Haltung der Deutsch-Nationalen, an die Sprache der „Süddeutschen Zeitung“ denken, müssen wir uns fragen, ob wir eine Revolution hinter uns haben (Oberst Reinhard). Diese Dinge müssen die Gesamtaltung der Partei bestimmen. Die Herrschaften, die unser Unglück verschuldeten, drängen sich bereits wieder froh hervor. Wir lassen uns die Freude an der Revolution nicht durch die Leute verkümmern. An der jetzigen antisemitischen Deise sind wir sicher nicht mitschuldig, die vom Merkantilismus zu den Deutschnationalen führen. Auch unsererseits wird im Kampfe gegen die Unabhängigen gesündigt.

Vorsitzender Niedmiller bittet geschäftsordnungsmäßig vorzugehen und Fragen, die zum parlamentarischen Bericht gehören, bei jenem Punkte behandeln.

Gen. Karlsruhe ist der Meinung, daß die badischen Arbeiter in den Gemeindevahlen völlig verjagten. Auch die Frauen wählten gegen uns. Das Frauenwahlrecht mußte geschaffen werden, auch wenn es sich zuerst gegen uns wendete. Die Genossen müssen ihre Frauen mit in die Bildungsveranstaltungen bringen. Auch die Jugendfrage würde zu nebenächlich behandelt. Es sollte ein Jugendsekretär angestellt werden.

Gen. Hammerlag-Freiburg: Man hatte erwartet, der badische Parteitag werde Richtlinien geben. Wir haben erwartet, daß man von der Einigung des Proletariats von der Sozialisierung, von unserer Stellung zur Revolution spricht. Von all dem, vom Erkenntnis zur Revolution, vom Mitegebanden habe ich nichts gehört (Vor. Niedmiller: Der Mitegebande wird in den zukünftigen Aufgaben der Partei in dem Referat des Gen. Maier behandelt. Gen. Hammerlag greift hier vor.) Wir anerkennt die früheren Leistungen der führenden Parteigenossen. Sie müssen jedoch auch heute führend sein. Der Landesvorstand habe seit zehn Monaten verstimmt. Die Kräfte zu verwerten, die sich der Partei zur Verfügung stellten. Wir haben eine Bürokratisierung der Partei. Von der Vertiefung der Presse ist nichts gesprochen worden. Wir müssen vor allem die Genossen schulen, damit sie die Kempter ausfüllen können, für die sie in Frage kommen. (Beifall.)

Gen. Schwerdt-Karlsruhe: Wir waren nicht auf die Revolution vorbereitet. Wir müssen berücksichtigen, daß der Landesvorstand nicht über genügend Kräfte verfügte. Vor allem müssen wir der Jugendfrage unser Augenmerk zuwenden. In der Frauenfrage muß sich jeder selbst auf die Brust schlagen und sich fragen, ob seine Frau in der Organisation ist. Von einer Kritik am „Volksfreund“ will ich absehen, da jetzt Wandel geschaffen wurde. Ich habe zum Genossen Schöpflin das Vertrauen, daß er seine ganze Kraft für das Blatt einsetzen wird. Das Sonntagsblatt und die Frauenbeilage werden uns nützlich sein. Vor allem müssen wir Hand in Hand arbeiten. (Beifall.)

Peter Mayer-Freiburg: Die Vorwürfe gegen die Presse sind nicht berechtigt, man muß die gegenwärtigen Schwierigkeiten kennen, mit denen die Verlage und Redaktionen zu kämpfen haben. Man sollte in den einzelnen Orten Lokalredakteure anstellen. Wir müssen fordern, daß bei jeder bürgerlichen Zeitung zum Ausdruck kommt, welche Interessen ein Blatt vertritt. Die Partei hat sich zu sehr als Anwaltsbüro betätigt, sie hätte erst für die Interessen der Arbeiterklasse vor anderen eintreten sollen; so bei den Steuervorlagen.

Langhans-Mannheim: Bei der Kritik an der Presse wird der Fehler gemacht, daß man für alles die Redakteure verantwortlich macht, die wenigsten wissen aber, welche Arbeit die Redakteure zu leisten haben. Wenn Genossen Kritik über an der Schreibweise gegen die Unabhängigen, so sollten sie einmal die Pressejournale durchlesen, wie die gegen uns schreiben. Die Einigung kann weder durch Reden noch Kongresse geschaffen werden, sondern durch die Tat. Unsere Politik muß zeigen, daß wir auch die Revolution hochhalten. — Die Errichtung eines Stoppblattes für Mannheim und Guggenau ist zurzeit unmöglich. Es sollte eine Konferenz stattfinden, in der über die Frage von Stoppblättern gesprochen wird.

Frau Reß-Mannheim: Es müssen Kurse eingeführt werden, in denen die neu hinzugekommenen Genossen gebildet und geschult werden. Auch sollte da jede Zerstückelung vermieden werden, dann kommt man eher zu einem Ziel. Auch die Frauen bedürfen einer besseren Schulung. Bei den Wahlen spielte das religiöse Moment stark mit, daß die Frauen noch nicht uns ihre Stimmen geben. Auf kommunalpolitischem Gebiet hätte man schon früher mit der Ausbildung der Frauen beginnen müssen. Man hat auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge viel zu sehr alles den Bürgerlichen überlassen. Diese bürgerliche „Bölgigkeit“ ist mit schuld an der Entfremdung des jungen Lumpenproletariats.

Winter-Offenburg: befürwortet den Offenburger Antrag betr. Abtrennung des „Volksfreund“-Verbreitungsgebietes und Uebergabe an die „Volksmacht“. Die Genossen erhalten erst am nächsten Tag das Blatt. Auch das Austragen macht Schwierigkeiten. Es ist bis jetzt ein besoldeter Fiskalinspizier angestellt worden. Es muß der Parteipresse mehr ein rein lokaler Charakter gegeben werden; die Blätter in den Großstädten können auf diese lokalen Verhältnisse keine Rücksicht nehmen. Wir müssen aber unter allen Umständen die Frage erörtern: wie erfüllen wir unsere Genossen für unsere Ideen? Der Parteivorstand hätte den Genossen im Lande mehr an die Hand gehen sollen und wegen neuen Blättern die Initiative ergreifen sollen. — Die Bewegung der U.S.P. sollten wir mehr beachten; sie suchen mit ihren demagogischen Mitteln alle Unzufriedenen zu gewinnen. Dem müssen wir entgegenwirken.

Stefan Meier-Freiburg: behauptet, daß im Bericht des Landesvorstandes die Einigungsbestrebungen des Proletariats mit keinem Worte erwähnt wurden. Nicht wir sind es, die in den Reihen des Proletariats her, sondern die Unabhängigen sind es. Wir müssen klipp und klar aussprechen, was uns prinzipiell von den Unabhängigen trennt. Wir müssen betonen, daß nicht wir es sind, die das Erfurter Programm verleihen. Die Aktionsfähigkeit des Proletariats leidet unter dem Streite. Ich möchte wissen, wie auf den kommunalpolitischen Wochenrat eintreten. Vor allem müssen wir auf den Nachhaken eine sozialdemokratische Politik machen. Wir müssen aus den Neulingen tüchtige Sozialdemokraten machen.

Vorj. Niedmiller: teilt mit, daß sich Gen. Wels vom Parteivorstand zu den Einigungsbestrebungen äußern wird.

Wels (vom Parteivorstand): Die Einigung des Proletariats ist unsere vornehmste Aufgabe. Wir müssen jedoch daran denken, daß das Leitmotiv unserer Partei, die Demokratie, von links zerissen wurde. Der Parteistreit in Deutschland ist es vor allem, der im Ausland den Gedanken vom Verrat der deutschen Sozialdemokratie an den internationalen Sozialismus auslöst. Wir können nur dann erkennen, daß wir die Massen nicht uns haben, wenn sie in den Formen der Demokratie für uns stimmen. Wir müssen immer daran denken, daß bereits in Zimmerwald und Brüssel die 3. Internationale gegründet wurde. Hieran beteiligten sich bereits die Unabhängigen, womit sie Latengräber der 2. Internationale leisteten. So kommen die Spaltungstendenzen immer tiefer in die Reihen des Proletariats. Auf allen Parteitagungen der Unabhängigen wurde die Einigung abgelehnt. Viel schlimmer als von uns werden die Unabhängigen von links, von den Kommunisten, verspottet, trotzdem diese beiden ursprünglich eine Organisation bildeten. Aus dieser ursprünglich gemeinsamen Organisation traten jedoch nicht alle Kommunisten aus, so daß heute noch viele Kommunisten bei den Unabhängigen sind. Mit den Unabhängigen ist eine Einigung schwer möglich, weil sie nicht Herr ihres Handelns sind. Wo so wenig Klarheit vorhanden ist, ist auch der Weg der Einigung sehr schwer. Wir deutschen Sozialdemokraten waren revolutionär all unser Leben lang, wenn auch nicht im Feingebilde. Revolutionen entstehen trotz der Macht eines gesellschaftlichen Elementarereignisses. Der Krieg habe die Weltrevolution infolgedessen gebracht, als nach dem Kriege die Arbeiter nirgends mehr in gleichem Stadium als vor dem Kriege leben werden. Den Gedanken an diejenige Weltrevolution der Unabhängigen lehnen wir jedoch ab. Der Hunger, der zur Revolution trieb, ist in den Ländern der Entente nicht vorhanden. Amerika wurde durch den Krieg im Bunde mit England zum Herrn der Welt. Unbarbarisch werden sie die Hungerpötte über jene Länder schütten, die die Rätediktatur aufrichten. Der Traum einer Rätediktatur wäre dabei ein kurzer.

Daß die Reaktion frech ihr Haupt erhebt, sehen auch wir im Parteivorstand. Wir beobachten die Dinge mit großer Aufmerksamkeit. Die Dreifigkeit dieser schuldbeladenen Herren lehrt daß wir das freieste Land der Welt sind. Laßt die Herren doch sprechen; wir sehen da am besten, wo die Klaffen sitzen. Gerade, die hellen, heißen nicht. Die deutsche Arbeiterklasse wird der Partei ihrer Zeitung folgen, wenn es nochmals gelten sollte, gegen die Reaktion gegen zu wehren. (Beifall, Handklatschen.) Wir haben da hinter keinem Unabhängigen und Kommunisten zurück. Das Offizierskorps muß mit republikanischem Gespür erfüllt werden. Wels ich Vertrauen habe zum Sozialismus, glaube ich an die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse. Deutsche Arbeit, deutscher Fleiß, deutsche Wissenschaft werden uns wieder zu Ehren bringen. Es braucht Zeit, um die Wunden des Wirtschaftsliebens auszuhülen. Vertraut den Führern, denn nur der Glaube an die herrliche Idee des Sozialismus bringt uns vorwärts! (Beifall, Handklatschen.)

Vorj. Niedmiller: dankt dem Gen. Wels für seine Ausführungen und teilt mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte einliefe.

Sommerichlag-Freiburg: spricht gegen Schluß der Debatte. Nipp-Mannheim tritt für Schluß der Debatte ein.

Der Antrag auf Schluß der Debatte über die Geschäftsführung wird angenommen.

Sahn-Mannheim: geht in seinem Schlußwort auf die Wünsche der Redner ein und wendet sich gegen finanziell unjurierte Presseregierungen. Bezüglich des Ergebnisses der Revolution meint der Redner, daß man hier die Erwartungen vielfach zu hoch gespannt habe. Von einem Posso bei den Gemeindevorständen, wie Gen. Höhn meinte, kann man angesichts des Wahlergebnisses nicht sprechen. Die Bildungsbestrebungen werden nach Möglichkeit gefördert. Unrichtig ist auch, daß in der Auffklärungsarbeit der Landesvorstand verlagert habe, z. B. haben im 1. Kreis eine große Zahl Auffklärungsveranstaltungen stattgefunden. Zu rügen sei, daß die „Volksmacht“ eine Verfallungsanzeige brachte, worin der Unabhängige Seeger (Weipzig) als Redner angeführt wurde.

Die Einigungsverhandlungen können nur auf dem Boden der Demokratie und des Erfurter Programms geführt werden.

Sumtobel-Freiburg: stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß der Vertreter des Stoll. Bent in der „Volksmacht“ der Partei nicht entnehmen konnte, daß Seeger Mitglied der U.S.P. ist.

Seiler-Züringen: stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß die Vereinstleitung Vorschlag von dem Vorhaben der Saagener Genossen, Seeger zum Vortrag zu gewinnen, einverstanden war, da man dort, der Stimmung der Genossen Rechnung tragend, beide Richtungen zu Worte kommen lassen wollte. Die Saagener Mitgliedschaft gehört aber bis heute noch unserer Partei an.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge. Der Antrag Mannheim auf intensivere Agitation unter den Rheinländern wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiegen.

Der Antrag Mannheim auf Diskussionsabende und auf Fortbildungskurse wird angenommen, da er selbstverständlich ist. Der Antrag Eitlingen und Forzheim auf Ausbau des kommunalpolitischen Teils der Parteipresse wird dem Landesvorstand überwiegen.

Der Antrag Karlsruhe auf Herausgabe eines Sonntagsblattes und einer Unterhaltungsbeilage für die Frauen durch den „Volksfreund“ wird angenommen.

Antrag 5 Jahr, 6 Guggenau, 7 Eitlingen, 8 Offenburg, 10 Forzheim bezüglich Presse werden dem Landesvorstand zur Berücksichtigung überwiegen.

Es folgt Punkt 8 der Tagesordnung:

Änderung des Organisationsstatuts.

Sahn-Mannheim: als Berichterstatter betont, daß schon längst eine zentrale Grundlage des Verwaltungsapparates gewünscht wurde. Die Revolution hat auch ein neues Organisationsstatut, sowohl im Reich wie in Baden, zur Reife gebracht. Der Entwurf liegt dem Parteitag vor. (Er ist in der Presse bereits veröffentlicht worden.) Der Redner beipflichtet die einzelnen Paragraphen unter Berücksichtigung mit dem alten Statut und dem Entwurf zum neuen Organisationsstatut der Gesamtpartei. Als Termin für das Inkrafttreten des Statuts ist der 1. Oktober in Aussicht genommen. Der Redner schlägt vor, die einzelnen Paragraphen der Reihe nach durchzunehmen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Maier-Heidelberg: Die im § 1 vorgesehene Bezirkseinteilung muß eingehend geprüft werden. Der Parteitag muß auch der Landtagsfraktion Mitteilung geben für die Verhandlungen über die Wahlkreisverteilung, die im Herbst im Landtag stattfinden werden. Berichtet muß werden, daß durch die Bezirkseinteilung unserer Partei Schaden erwächst. Jeder Bezirk muß eine größere Stadt als Vorkort haben. Der Redner macht praktische Vorschläge für die Einteilung und bittet, wenn möglich die einzelnen Amtsbezirke zu Agitationsbezirken einzuteilen.

Wargel-Freiburg: wünscht zur Geschäftsordnung, daß die zum Statut gestellten Anträge mitschickiert und die in einer getrennten Vorbesprechung beschlossenen Änderungen bekannt zu geben.

Engler-Freiburg: macht den Vorschlag, die Änderungen zu verlesen. Im Parteitag damit einverstanden, erwidert sich ein großer Teil der Anträge.

Dörner-Mannheim: wünscht ebenfalls, daß die einzelnen Anträge begründet werden können. Er kritisiert den frühen Schluß der Debatte.

Schärer-Eitlingen und Graf-Forzheim: machen zur Bezirkseinteilung Ausführungen und wünschen, daß in dem Amtsbezirk im Sinne des Forzheimer Antrags Bezirksorganisationen gebildet werden.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Genossen Niedmiller und Engler beteiligen, macht der Vorsitzende den Vorschlag, die Änderungen, wie sie gestern beschlossen wurden, bekanntzugeben. Der Parteitag ist damit einverstanden. Sahn versteht diese Änderungen. Sie beziehen sich auf die Gliederung der Organisation in Agitations- und Unterbezirke (§ 1), Absatz 2, 3, 4 und 5 sollen in Wegfall kommen. Im § 3 wird eine andere Verteilung der Bezirke vorgesehene. Kleine redaktionelle Änderungen sind notwendig, soweit im Statut von Landtagswahlkreisen und Kreisvereinen die Rede ist. Es soll überall Ortsvereine heißen. Abgeändert soll auch § 8 werden, der die Bildung und Zusammensetzung des Bezirksauschusses behandelt. Bezüglich der Zusammenfassung des Parteitag wird vorgeschlagen, den sozialdemokratischen Mitgliedern des badischen Staatsministeriums das Stimmrecht einzuräumen.

Einzelgelaufen ist folgender Antrag 5:

Dem Parteivorstand sind vom männlichen Beitrag 14, den Ortsvereinen 6 A, vom weiblichen Beitrag dem Parteivorstand 10 A, dem Ortsverein 5 A zu überweisen.

Schwerdt, Fischer, Müller usw.

Maier-Mosbach: begründet seinen Antrag um ein Parteisekretariat in Mosbach. Wir haben in unserem Bezirk keine Möglichkeit, die Bauern aufzuklären über die haarsträubendsten Dinge, die ihnen von gegnerischer Seite eingebläut werden. Die Reaktion marschiert stark. Deshalb müssen die Leute aufgefächert werden.

Krauß-Mannheim: betont, daß man dem Landesvorstand genügend Geld zur Verfügung stellen müsse, wenn man Wünsche an ihn stelle. Wenn im Odenwald etwas erreicht werden soll, so kann es nicht von Heidelberg aus geschehen. Deshalb ist ein Sekretär für das badische Hinterland notwendig.

Reinbold-Singen: Man darf die Zustände der Gewerkschaften nicht ohne weiteres auf die Partei übertragen. Die einzelnen Wahlkreise müssen zu einer Organisation zusammengeschmolzen werden, damit wir nicht unsere Kräfte zerstückeln. Eine Bezirkskommission ist deshalb nötig. Den Antrag Forzheim bitte ich abzulehnen. Die Neuorganisation wird eine Neubelastung bringen. Die gewerblichen Bezirke müssen in finanzieller Hinsicht etwas für die landwirtschaftlichen Bezirke tun. (Beifall.)

Schwerdt-Karlsruhe: Die Sekretärfrage ist eine Personenfrage. Die Sekretäre sind auch nicht das Allheilmittel gegen den Unverstand. Mit der vorgeschlagenen Form der Beitragsverteilung bin ich nicht einverstanden, weshalb wir einen diesbezüglichen Antrag einbringen.

Engler-Freiburg: In dem abgeänderten Statut ist den Wünschen aller Rechnung getragen worden. Gerade die kleineren Orte haben ein Interesse daran, daß das Geld in die Zentralkasse kommt, denn nur in diesem Falle hat man Geld zu ihrer Unterstützung. Wir können daher dem Entwurfe zustimmen.

Maier-Heidelberg: Der Wunsch nach einem Sekretär fürs Hinterland ist begründet. Doch muß man fragen, wo das Geld dazu ist. Auch ist zu fragen, woher die Mitarbeiter für einen Sekretär im Hinterland zu nehmen sind. In einem solch kleinen Bezirk kann die Kraft eines Sekretärs nicht voll ausgenützt werden. Die Mitgliederzahlen beweisen, daß man auch von Mannheim und Heidelberg aus das Hinterland bearbeiten kann. Ins Organisationsstatut sollte ein Passus aufgenommen werden, daß wichtige Gegenstände auf dem Parteitag behandelt werden müssen.

Rudolf-Slein: Die Einteilung ist so vorzunehmen, daß Kleinarbeit geleistet werden kann.

Schwerdt-Karlsruhe: ladet in einer Geschäftsordnungsabänderung den Parteitag zum heutigen Stadtparkfest ein.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Eingegangen ist weiter ein Antrag Markloff zu § 5. In Zeile 4 ist hinter dem Wort „darunter“ das Wort „mindestens“ einzufügen sowie ein weiterer Antrag Markloff zu § 8, die Vertreter der Redaktionen, die Geschäftsführer, sowie die Regierungsmitglieder haben nur beratende Stimme.

Um 7 Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

2. Verhandlungstag.
(Öffentliche Sitzung.)

Vormittags-Sitzung.

Karlsruhe, den 7. September.

Um 8 Uhr 20 Minuten eröffnete der Vorsitzende Forter die Sitzung.

Genosse Schwerdt-Karlsruhe begrüßt namens der Karlsruher Parteigenossenschaft Karlsruhe die Delegierten. Karlsruhe ist der erste Tagungsort nach dem Kriege. Heute weht auf dem Schlosse eine andere Flagge wie vor dem Kriege. Parteigenossen, wir wollen hier eine Organisation schaffen, die ein Expediter werden soll für die Gesamtpartei. Mögen die Arbeiten des Parteitagessich zum Segen der Partei ausschlagen. Vorwärts und aufwärts!

Hierauf wird über das Organisationsstatut abgestimmt. Die Anträge, 13, 17 und 19 (Beitragsfrage) sind berichtigt und dadurch erledigt. Die Anträge 13, 14 und 18 (Beitragsfestsetzung) werden nach einer zweifelhafte Abstimmung durch Handaufheben, und eine Erklärung des Genossen Sahn, daß die Annahme dieser Anträge, dem Landesvorstand eine Wenigereinnahme von 20 000 Mark bringen würden, durch Auszählen mit 113 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Wurg ist damit ebenfalls erledigt, ebenso der Antrag Karlsruhe. Der Volksrechtweierer Antrag, ebenso die Anträge 20 und 21, sind ebenfalls erledigt. Ein zweiter Sekretär soll durch den Ausschuß angestellt werden.

Der Antrag 22 (Mosbach) will einen Sekretär für den Kreis dieser Antrag wird abgelehnt. Die Anträge Markloff werden angenommen. — Die §§ 1, 2 und 3 (Gliederung und Beiträge) werden mit den vorgeschlagenen Veränderungen angenommen, ebenso wird § 4 (Bezirksausch.) mit kleinen Änderungen angenommen. — Zugelassen wird auch den §§ 5, 6, 7 (Bezirksverband). Auch dem § 8 (Bezirksausch.) stimmt der Parteitag zu. § 9 (Bezirksparteitag) gelangt ebenfalls zur Annahme. Die „Aufgaben des Parteitagess“ (§ 10) und „Parteipresse“ werden angenommen.

Die Gesamtabstimmung ergibt die einstimmige Annahme des neuen Organisationsstatuts. Die Parteipresse wird das neue Statut in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Genosse Sahn schlägt vor, die sieben Mitglieder des Organisationsausschusses folgendermaßen zu verteilen: Sekretär 1 Vertreter, Freiburg 1, Offenburg-Forzheim 1, Karlsruhe-Mannheim-Forzheim 2, Mannheim 1 und Heidelberg 1, Vertreter.

Der Parteitag stimmt diesem Antrag zu. Die Kreise sollen im Laufe des Vormittags ihre diesbezüglichen Vorschläge machen.

Es folgt nun das Referat über:

Die künftigen Aufgaben.

Maier-Heidelberg: Die Revolution traf die Partei unvorbereitet in unjeren Aktionen und noch mehr in der Konstellation. Vor dem Kriege waren wir zuvörderst auf die Agitation eingestellt, zum Kampf gegen die herrschende Staatsgewalt. Dadurch, daß die meisten Genossen all die Jahre draußen standen, waren zahlreiche Genossen nicht im Bilde. Auch wurden leider die Genossen nicht genügend unterrichtet, um den Schwund früher zu durchschauen. Sonst wäre dem Volke schon früher der Geduldsboden gerissen. Wäre die Revolution eine rein antiparlamentarische gewesen, dann wäre sie anders verlaufen. Denn im Falle einer antiparlamentarischen, aus Ueberproduktion hervorgegangenen Revolution, wäre eine Ueberfülle von Requisition vorhanden gewesen und der Verlauf wäre ein anderer gewesen. In Wirklichkeit war jedoch die Revolution ein militärischer Zusammenbruch. Die Unabhängigen wollten die Revolution systematisch machen. Sie arbeiteten hieran schon länger, ohne Aussicht auf Erfolg. Denn die Revolution hatte erst Aussicht nach der Niederlage. Im Anschluß an den Zusammenbruch kam dann am 9. November die Revolution. Die Soldatenräte können nicht in Anspruch nehmen, bewußte Sozialdemokraten zu sein. Erst als die Arbeiter die Sache in die Hand nahmen, kam Leben in die Sache. Selbst am Zentralpunkt Deutschlands, in Berlin, waren die Vorbereitungen der Organisation, sowohl bei uns wie bei den Unabhängigen, mangelhaft. Wäre eine gute geschlossene Organisation des Proletariats vorhanden gewesen, so daß man im November noch hätte Wahlen aus schreiben können, dann hätte man eine sozialdemokratische Mehrheit und den deutschen Einheitsstaat bekommen. Auch in den Stadtverwaltungen hätten wir das Heft in die Hand bekommen (Sehr richtig!). Bereits am Sonntag nach der Revolution hätten für das ganze Land in großen Versammlungen Direktiven gegeben werden sollen. Der Verlauf der Dinge in Karlsruhe war jedoch ein anderer, wenn auch darüber verschiedene Meinungen bestehen. Statt dieser Geschlossenheit mußte dann die Sache mit einigen bürgerlichen Missionen gemorren werden. So sehr als man damals hätte zugreifen sollen, geschah es nicht. Der deutsche Revolutionär hatte auch damals viel zu viel Respekt vor der Polizei. Er war auch damals ein echt deutscher Missionär. Die Revolution brachte uns, wenigstens auf dem Papier, eine gute Verfassung. Der Geist läßt sich allerdings nicht von heute auf morgen ändern. Diese Dinge müssen reifen. Wir haben einen sozialen Einfluß in unser öffentliches Leben bekommen; den Sozialismus haben wir nicht durchgesetzt. Das müssen wir öffentlich feststellen. Heute erhebt die Reaktion schon wieder frech ihr Haupt. Angst brauchen wir deshalb vor den Herrschaften nicht zu haben. Die Reaktion hat nicht die Macht, ihre Wünsche durchzusetzen. Die besitzende Klasse hat allerdings bis heute noch nichts gelernt; sie hat immer noch nicht eingesehen, was sie auf dem Sterbholz hat. Früher war der Kapitalismus und die Reaktion durch den Militarismus gesichert. Heute ist das Proletariat stark genug geworden, um mit der Reaktion fertig zu werden. Wenn wir fragen, was weiter mit uns wird, so können wir antworten: Das Proletariat, der Sozialismus wird siegen, wenn nicht die Zerstückelung des Proletariats uns selbst das Grab gräbt.

Wenn wir geschlossenen sind, sind wir unüberwindlich. Die Frage ist nun: **Autokratie oder Demokratie.** Vor nicht langer Zeit fand in diesem Saale eine Landesversammlung der U. und S. M. A. statt. Damals liefen viele noch den Mägen nach. Viele haben allerdings bis heute aus der Mägenfrage noch nichts gelernt, trotzdem sie in Baden jetzt nur noch eine Spielerei ist. Im Oberland resultiert die Opposition aus ihrem ausfichtslosen Kampf gegen die dortige Reaktion. Die Unterländer haben durch starke Organisationen Erfolge durchgesetzt. Im Oberland meint man nun, was im Unterland in jahrelangem Kampfe durchgesetzt wurde, durch ein paar Soldaten durchzusetzen. Begegnenderweise werden in den beiden Orien, wo die Unabhängigen das Heft in der Hand haben, in Lörach und Offenburg Arbeiterwahlen verlangt, während die Unabhängigen in Berlin die Parole ausgeben, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen. Wo wir etwas bedeuten, da haben wir einfluß auf gesellschaftliche Wege. Wo wir aber nichts bedeuten, da müssen zehn Arbeiterräte nichts. Es muß deshalb im Lande Arbeit darüber geschaffen werden, daß nicht ein paar Leute das Volk durcheinander machen. Herr Wäh in Offenburg hat ja bekannt, was mit den Arbeiterräten von links erreicht wird, nämlich die Diktatur des Proletariats.

Die Einigung des Proletariats wünschen wir aus vollem Herzen; aus praktischen Gründen glaube ich jedoch, gleich dem Genossen Wels, nicht an einen gegenwärtigen Erfolg. Wir müssen für die nächsten Jahre damit rechnen, daß die große Masse bei uns sein wird, ein kleiner Teil wird jedoch in lokalen sozialistischen Verbänden leider abseits stehen und indirekte Helfer des Kapitalismus sein.

Zur Erledigung der kommunalen Aufgaben ist zum mindestens eine Erweiterung des Landesvorstandes nötig. Einerseits

seits die Klassen- und Verwaltungsaufgaben, andererseits die Erziehungs- und Bildungsarbeit. Wenn wir es machen könnten, wäre eine Dreiteilung noch wünschenswerter. Leider fällt es uns schwer, neue Kräfte heranzuziehen. Viele haben sich zu sehr an den alten Jopf gewöhnt und glauben, daß alle Anfänger nur Stümper sind. Dann müssen wir sagen, daß alle unsere Parteienfunktionäre zu sehr Arbeiter waren. Sie konnten nicht mehr auf der Höhe der Zeit sein, weil sie keine Zeit hatten, weil sie zu sehr ausgepumpt waren. Dann kommt dazu, daß unsere Mitarbeiter zumeist so sehr aus einer Gesellschaftsklasse sich rekrutierten. Nunmehr sind zahlreiche Leute aus allen Gesellschaftsklassen zu uns gekommen. Man muß allerdings eine gewisse Vorsicht gegenüber den neuen Leuten anwenden und man darf sie nicht gleich auf die entscheidendsten Stellen stellen. Aber man muß sie in die Reihen einstellen. Man muß die Leute auf die Posten stellen, wo man sie gebrauchen kann. Es ist notwendig, daß in Zukunft nur die besten Kräfte auf die entscheidenden Posten gestellt werden. Wir müssen die richtigen Mittel anwenden, um die Massen zu sammeln. Hier genügen nicht Sekretariate und Versammlungen. Wir müssen eine klare und einwandfreie sozialdemokratische Politik treiben. Dies ist der Kernpunkt der Zukunftsaufgabe. Wir wollen in der parlamentarischen Regierung stark durchdringen. Es kann jedoch auch heute eintreten, daß wir nicht in der Regierung sein wollen. Mit Konfessionschulden ist uns nicht gebietend. Sind wir allerdings in der Regierung, dann müssen wir gleich dem Zentrum die wichtigsten Posten zu besetzen suchen. Die kapitalistische Ordnung besteht noch und wir können sie nicht von heute auf morgen wegschaffen. Wenn wir jedoch mit an der Spitze sind, so darf uns das nicht hindern, die kapitalistische Ordnung rücksichtslos zu bekämpfen. Am minderwichtigen Dinge halber dürfen wir allerdings unsere Kräfte nicht vergeuden. Wir haben wichtigere Kämpfe zu führen als z. B. um den Kirchen- und Schulparagrafen in der Verfassung.

Wenn wir energische Politik verlangen, so dürfen wir sie nicht an falschem Platze verlangen. Es gibt wichtige Fragen, wie die Brennstofffrage, die Wohnungsfrage usw. Hier müssen wir einsehen. Dem Schwindel der Wohnungsfrage muß der Kräfte abgesehen werden. Hier muß die Regierung einwirken, sonst kommt die Selbsthilfe (Rebhafter Weisfall). In der Ruhr und in Schlesien geht man mit ziemlich starkem Zwang zur Arbeitsförderung. Ich begrüße das im Interesse der Kohlenförderung. Aber man muß auch mal nach Baden-Baden und in die Kurorte gehen und dort den Arbeitszwang einführen (Rebhafter Weisfall). Die Reichsregierung hat die Arbeitszwang, in den Kurorten aber treiben sie sich selbst herum.

Dann aber muß die Reichsregierung die Schulden zur Reichsregierung gehen. Durch Kampf und Arbeit wird den Sozialismus zu verwirklichen suchen (Rebhafter, andauernder Weisfall).

Vorsitzender Mitglied stellt die Interpellationsfrage für die Anträge 37, 38, 41, sowie für die Anträge der Mitglieder der Reichsfraktion in der Reichsversammlung. Die Interpellation reicht aus. Das gleiche ist der Fall bei den Anträgen zum Bericht der Landtagsfraktion Sagsfeld, Osterrhein und der Anträge 2 bis einschließlich 30. Genügend unterstützt werden auch die Anträge zum Bericht der Reichstagsfraktion 31 bis einschließlich 35. Ebenso der Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen: Da infolge Aufhebung der Zwangsbeschäftigung des Leders eine ungeheure Preissteigerung auf dem Schuh- und Ledermarkt eingetreten ist, wird die Fraktion der Reichs-Nationalversammlung ersucht, dahin zu wirken, daß unverzüglich die öffentliche Beschäftigung wieder eingeführt wird bei Festsetzung entsprechender Höchstpreise.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Desgleichen wird der Antrag betreffend Obliegenheiten genügend unterstützt:

Sollten durch die Aufhebung der öffentlichen Beschäftigung des Leders und der Höchstpreise Preissteigerungen eintreten, so wird das Ministerium des Innern ersucht, unverzüglich die öffentliche Beschäftigung bei Festsetzung möglicher Höchstpreise wieder einzuführen.

In Verbindung mit diesem Rezerat wird behandelt:

Der Bericht der Landtagsfraktion.

Marum-Nachruhe: Der jährliche Teil der Parlamentsberichte wird nicht so sehr gewürdigt als die Epochen wie Wahlen, Heiterkeit. Bei der Würdigung der Tätigkeit der Fraktion müssen wir daran denken, daß wir eine Minderheit im Parlament darstellen. Die Mehrheit setzt sich zusammen aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. In absehbarer Zeit dürfte sich m. E. an diesem Zustande wenig ändern. Viele Demokraten im Landtag haben leider noch die Eigenschaften der Nationalliberalen an sich. Man hat besonders bei der Steuerfrage gesehen, wohin es den rechten Flügel der Demokraten zieht. In die Opposition gehen können wir auch nicht, da dies ein großer Fehler wäre. Wir haben im Landtag in den Kommissionen usw. wichtige Rollen besetzt. Die Fraktion hat ihre Arbeiten nach verschiedenen Absichten verteilt und außerdem einen ihrer Fraktionskollegen als vollbefähigten Fraktionssekretär in Aussicht genommen, um die fortlaufenden Arbeiten zu erledigen.

Die badische Verfassung, die als erste in Deutschland zustande kam, kann in Anspruch nehmen, die fortgeschrittenste in Deutschland zu sein und insbesondere weit über sämtliche Verfassungen des Auslandes zu stehen. Insbesondere ist der Kirchen- und Schulparagraf im Lande angegriffen worden. Gewiß entspricht er nicht unseren Wünschen, wir müssen jedoch davon denken, daß wir in Baden nur 5000 Konfessionslose haben. Unter den zahlreichen Wählern der Sozialdemokratie gibt es sehr viele, die innerlich noch nicht mit der Kirche gebrochen haben. Auch mit dem Exzessprogramm steht die Verfassung im Einklang. Denn wir haben keine Staatskirche mehr. Was jedoch diesem Exzessprogramm ableidet, wird durch die Reichsverfassung ergänzt. Wenn wir unsere badische Verfassung mit der Reichsverfassung, mit der württembergischen Verfassung usw. vergleichen, so können wir sehr zufrieden sein. Wir haben in Baden die Zwangswohlschule durchgesetzt; in vielen anderen Ländern haben wir noch die Konfessionschule. Auch in der Volksabstimmungsfrage haben wir mehr durchgesetzt, als die Reichsverfassung; bei uns hat das Volk die Volksabstimmung selbst in der Hand. Ebenso ist der Vorwurf gegen die Verlängerung der Landtagsperiode völlig unbegründet. Gleich unbegründet ist die Kritik an der Auseinandersetzung mit dem Großherzog. Es ist jedenfalls interessant, daß z. B. in Ostpreußen die Unabhängigen, wo sie die Mehrheit haben, dem dortigen Herzog 5 Millionen angeboten haben. Es schätzte jedoch, da der Herzog gar 15 Millionen verlangte. Die Fraktion stellte sich auf dem Standpunkt, eine lokale Auseinandersetzung mit dem früheren Großherzog herbeizuführen. Die Entscheidung ist nicht ein Gesicht, sondern eine Entscheidung, die zivilrechtlich auch nach dem Gutachten des Genossen Dr. Dieck nötig war. Seien wir auch gerecht: Wenn wir den Großherzog ohne Entscheidung enteignen, dann muß das auch bei den Konmerzrenten und sonstigen Kapitalisten, Industriellen usw. geschehen.

In der Frage der Wohnungsnot ist Baden viel weiter gegangen als alle anderen Staaten. Wenn nicht genügend geschieht, so liegt das vielfach an den Genossen in den Gemeinden, die trotz des starken Einflusses, den sie durch den gleichen Wahlrecht erhalten haben, es häufig an der nötigen Energie fehlen lassen. Auch das Sperrrecht vermochte die Fraktion trotz des Widerstandes der bürgerlichen Parteien durchzuführen. Unrichtig ist die häufig aufgestellte Behauptung, die Fraktion habe in der Frage der Fürsorge für die staatlichen Arbeiter und Beamten nicht genügend getan. Wir haben erreicht, daß den Beamten und

Arbeitern ein Existenzminimum gesichert wurde, daß z. B. die staatlichen Arbeiter in Karlsruhe ein Mindesteinkommen haben von 5100 M. Der Redner schildert die Finanzlage des Staates, die auch von den Arbeitern und Beamten unbedingt bei ihren Forderungen berücksichtigt werden müsse.

Wir haben am Schluß des Landtags eine gewaltige Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuer beschlossen. Wir haben dabei erreicht, daß diejenigen, die unter 6000 Mark Einkommen haben, von der Erhöhung verschont bleiben. Diese Steuer entspricht durchaus den Wünschen des Volkes. Das Gesetz, das im Lande von den Verbündeten der Industrie erhoben wurde, ist von deren Standpunkt aus begründet. Leider geht ab 1. Oktober unsere Steuerhoheit an das Reich über. Wir wollen hoffen, daß auch das Reich zu Steuererleichterungen greift, wie wir sie in Baden schaffen.

Die Regierungsbildung ergab ein Koalitionsministerium. Es sollte schmerzhaft genug, um unsere Forderungen bei der Bildung der Regierung durchzusetzen. Wir müssen daran denken, daß wir mehr Stille in der Regierung haben, als wir stimmenmäßig verlangen konnten.

Zu den Zukunftsaufgaben gehört vor allem das Landtagswahlgesetz, das sich bereits in Bearbeitung befindet. Von großer Bedeutung ist weiter die Umgestaltung der Gemeindeordnung und der Kreisordnung. Der Entwurf ist so gehalten, daß der Bürgerauschuss beibehalten wird, da sich diese Institution bewährt hat. Doch werden die Befugnisse erweitert. Von großer Bedeutung wird das kommende Siedlungsrecht sein. Der Entwurf zeigt uns die weitgehendste Bekämpfung der Güterverflechtung und der Möglichkeiten der Enteignung. Alle große Güter werden der Staat an sich ziehen können. Ich hoffe, daß in das Gesetz hineinkommt, daß die Entscheidung über die Grundbesitzverhältnisse vor dem Kriege festgelegt wird. Das Eigentum an den enteigneten großen Gütern muß allerdings im Allgemeinen der Aufsicht in die höheren Schulen möglich gemacht werden, wozu Mittel bereit gestellt werden müssen. Denn erst wenn die Kinder der Beschlüssen die leitenden Staatsstellungen erhalten, bekommen wir eine grundlegende Reform. Außerdem werden in das kommende Budget Mittel zur Beihilfe für die Arbeitersekretariate eingestellt werden. Wir müssen immer daran denken, daß der Umschwung leichter ist als der Aufbau. Und aufbauen müssen wir jetzt.

Nun zu den Anträgen der Parteitagung! Die Frage der badisch-württembergischen Vereinigung ist schon wieder mehr zur Ruhe gekommen. Denn es gibt wichtigere Aufgaben. Durch den Zusammenschluß von Baden-Württemberg wird nicht der Einheitsstaat gefördert, sondern die Macht der Absichtlichen wird gefördert. Auf alle Fälle gibt es gegenwärtig wichtigeren Aufgaben. Die Sozialisierung der Wohnungen läßt sich für Baden nicht allein durchführen. Eine Verringerung des Lehrplanes der Schulen ist deswegen notwendig; vor allem müssen aus den Lehrplänen die veralteten Dinge ausgespart werden. Die Reorganisation der Staatsverwaltung ist gegenwärtig nicht eine Frage des Prinzipps, sondern es ist eine Personenfrage. Und wir haben nicht die Personen, um alle in Frage kommenden Posten zu besetzen, sonst könnten wir mehr Rollen besetzen. Denn es gehört auch etwas dazu, um wichtige Rollen zu besetzen. Manche halten sich für berufen; jedoch wenige sind auswählbar. Wenn wir einen Parteigenossen an eine Stelle bringen, so wollen wir kein Risiko erleben. Die gute Befähigung reicht nicht die technische Vorbildung. Wer an eine verantwortliche Stelle kommt, kann nicht mehr die Negativregeln halten, die er zuvor hielt. Wer vom Nationalrat kommt, ist klüger als bevor er hineinging. Die Kludereien im kleinen Grenzbezirk müssen aufhören; doch ist diese Sache eine Frage der Reichsüberleitung. In die Reichsüberleitung müssen Leute kommen, die vor allem in der Sozialversicherung Erfahrung haben. Arbeitersekretäre können sehr wohl die Reichsüberleitung leiten. Eine Unbefähigkeit ist es, wenn sich Beamte gegen die Vorschriften des Ministers wehren. Ich hoffe, daß hier Genosse Kemmle Aemlichkeit schafft. Wenn wir die Pensionen der Beamten abschaffen, so wird kein Beamter mehr für den Jammergehalt arbeiten. Daran müssen die Gegner der Beamtenpensionen denken. Außerdem ist dies eine Reichsfrage. Die einfache Wertschätzung der Pensionen geht also nicht.

Ein Wort zu den Vörsacher Anträgen. Die Delegierten von Vörsach, die einen Tag zu spät kamen, wie es auch im Landtag mandamental vorkommt, haben verschiedene Dinge auszusprechen. Wenn man kritisiert, muß man auch an den Dingen teilnehmen. (Zwischenrufe.) Ich möchte die Vörsacher fragen, wieso wir die Parteigrundzüge verlesen haben und worin der Geist der Revolution nach ihrer Ansicht besteht. Die richtige Steuerbelastung, wozu Anträge vorliegen, ist eine Aufgabe von Jahren. Wir bedauern, daß das notwendige innige Verhältnis zwischen Land und Fraktion noch nicht besteht. In den durch die Revolution eingetretenen Schwierigkeiten sind wir ungeschicklich. Unsere Partei war jahrelang auf die Kritik eingestellt. Aus einer Oppositionspartei läßt sich nicht von heute auf morgen eine Regierungspartei machen. Parteien, die selbst die Regierung bilden, können die Waffe der Interpellation nicht so gebrauchen als Oppositionsparteien. Vor der Revolution war das Parlament eine Schowohle. Heute wird über wichtige Geleise bereits in den Fraktionsberatungen entschieden. Die Fraktionsberatungen haben hierdurch bedeutend gewonnen. Das Parlament ist heute mehr Entscheidungsmaschine geworden. Wir sind jetzt aus dem jetzigen Stadium in das aufbauende Stadium gekommen; diese Aufgabe ist jedoch eine langwierige Sache, erfordert jedoch die Unterstützung der Fraktion durch die Parteigenossen. Gewiß, auch in der Fraktion werden Fehler gemacht; wir nehmen jedoch in Anspruch, das Beste des Volkes zu wollen (Rebhafter Weisfall).

Bsp. Mitglied gibt verschiedene neu eingelaufene Anträge bekannt, sowie verschiedene Änderungsanträge.

Ein Änderungsantrag zu Antrag 80 verlangt: Die Worte: „Daß die Vorsitzenden-Stellvertreter (Gesichtsführer) der ärztlichen Versicherungsämter, wie z. B. in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg und Konstanz, baldmöglichst mit tüchtigen und nur guter Vorbildung versehenen, erfahrenen Versicherungsbeamten besetzt werden sind zu freieren und anderen Stelle die Worte zu setzen: „daß die Kosten der Vorsitzenden-Stellvertreter der größeren Versicherungsämter baldmöglichst mit solchen Personen besetzt werden, die durch langjährige Vorbildung und Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet erscheinen und als Vertreter der Versicherten gelten.“ Ein Antrag verlangt, daß der Entwicklung der Gewerbeschulen als den beruflichen Fachschulen zur Ausbildung des wertvollsten Volkes besondere Aufmerksamkeit geschenkt werde. Ein Antrag zwingen verlangt: Der Parteitag beurteilt es aufs schärfste, daß Beamte und Offiziere sich zum Teil in amtlicher Form für die Monarchie auszusprechen. Es muß verlangt werden, daß gegen die wegen Doppelpatent strengstens vorgegangen wird. Zugleich muß verlangt werden, daß unsere Mitglieder sich in möglichst großer Zahl in der Reichswehr und den Einwohnerwehren beteiligen.

Weiter teilt Vorsitzender Mitglied mit, daß Gauletter Schneider darauf aufmerksam macht, daß von ihm und der Leitung der Eisenbahnerorganisation kein Ultimatum gestellt wurde; die Bemerkung des Gen. Marum sei daher unangebracht. — Der Vorsitzende stellt aus dem Stenogramm fest, daß Gen. Marum eine solche Bemerkung gegen die Eisenbahner nicht gemacht habe.

Nach-Vörsach macht in geschäftsordnungsmäßiger Erklärung darauf aufmerksam, daß für ihn ein Einzeldelegierter da sei, so daß sein Zutrittskommen die Verhandlungen nicht behindert habe. Es folgt weitere

Der Bericht der Fraktion der Deutschen Nationalversammlung.

Stad. Heidelberg: Wenn die parlamentarische Tätigkeit an und für sich schon nicht die nötige Beachtung und Anerkennung bei dem großen Teil der Bevölkerung findet, so ist dies im steigenden Maße bei der Beurteilung der Tätigkeit der Deutschen Nationalversammlung der Fall. Und doch ist es richtig, kein Parlament der Welt hat jemals vor schwierigeren Problemen und Aufgaben gestanden als die Deutsche Nationalversammlung in Weimar. 4 1/2 Jahre Krieg, in dem die gesamten Kräfte und Nerven aufs äußerste tätig und angespannt waren, 4 1/2 Jahre Hunger und Entbehrung aller Art, Verlust an Leben und Gesundheit in jeder Familie, kurzum, Verderben nach jeder Richtung, dabei Mißtrauen gegen die alle, die im Staat irgend etwas zu sagen hatten, das war das Signalement des deutschen, durch seine alten Gemächlichkeiten über und über betrogenen Volkes. Diese Verhältnisse waren das Hauptverursacher in den Revolutionen des November 1918. Der Wahlsatzfall war für unsere Partei ein glänzender, wenn auch, soviel steht fest, daß durch Verbindeung der Berliner Affären und ein laßlich langes Verhalten der U.S.R. es ein leichtes gewesen wäre, die Mehrheit in der Nationalversammlung für die Sozialisten zu erringen. Die Tatsache, daß in der Nationalversammlung eine Reihe sozialistischer Grundzüge nicht zur Durchführung gelangen, ist ganz auf das Konto einiger Wanklafter und Zersplitterer in der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Wer damit den größten Verrat am Sozialismus geübt hat, ist hieraus leicht zu erkennen. Wir haben eine bürgerliche Mehrheit im Parlament, und wenn auch unsere Partei mit an der Regierung partizipiert, so ist diese Politik doch keine sozialistische, sondern nur eine solche mit sozialistischem Einschlag. Ein zusammengebrochener Staat, wie das deutsche Reich, nach einem derart langen, schweren und heroischen Krieg, in dem die ganze Wirklichkeit nur für den Krieg eingestellt war, ist nicht in einigen Wochen auf das früher gewohnte Gleis zurückzuführen. Wenn es dennoch in einem halben Jahre möglich war, neben einer Reihe überaus wichtiger Dinge, wie die Schaffung einer Verfassung, den Friedensschluß usw., das die Hauptzeit in Anspruch nahm, noch 62 meist sehr wichtige Gesetze zu erlassen, so spricht dies sicher noch Energie und dem Willen, aus diesem Chaos heraus möglichst schnell wieder in andere Verhältnisse zu kommen.

In der Friedensfrage hatte die Partei eine überaus große Verantwortung. Die seitens der Entente aufgestellten Bedingungen sind so niederschmetternd, so bedrückend, daß es bei allem Friedenswünsche Zweifel auch bei uns geben konnte, ob man ihnen zustimmen kann oder nicht. Es besteht auch heute noch kein Zweifel darüber, daß die Unmöglichkeit, dieselben reiflos durchzuführen, feststeht. Man wird sich Mühe geben, den Bedingungen gerecht zu werden, ob es gelingen wird, ist eine andere Frage. Wenn wir dem Vertrag doch zugestimmt haben, so, weil überhaupt kein anderer Weg denkbar war. Die Ablehnung wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Wiederaufleben der Kriegspfade. Nicht Befehung, sondern Krieg war die Folge. Gerade wir in unserer engeren Heimat hätten darunter am meisten gelitten. Die feindlichen Heere hätten unser Land besetzt, dem übrigen Deutschland durch Weichung des Ansehens den Lebensnerv abgeschnitten, und nach wenigen Tagen hätte der Rest Deutschlands um Frieden unter weit schlechteren Verhältnissen bitten müssen. Dann aber hätten die Abtrennungsversuche vom deutschen Kampf, wie wir sie früher und jetzt in der Pol und im Rheinland erleben, neue Organe gezeitet. Der Zersplitterung Deutschlands, war Tür und Tor geöffnet.

Unter diesen Umständen gab es kein anderes Mittel, als zu unterzeichnen, in der Erwartung, Schlimmeres zu vermeiden und in der Hoffnung, daß es unseren Genossen in den alliierten Staaten gelingen möge, den Vertrag als solchen doch noch zur Milderung zu bringen. Das Nein war sonst nichts als eine heroische Geste, zum müßigen Teil gehörte das Ja. Die demokratische Partei, die durch diesen Vorgang aus der Regierung ausgeschieden ist, dürfte diesen Schritt später sehr bedauert haben. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie keinen Anlaß, sie in die Regierung zurückzurufen. In wirtschaftlichen, sozialen und nicht zuletzt in Steuerfragen bilden sie mindestens mehr Ballast gegenüber unseren Bestrebungen als das Zentrum.

Gegenstand lebhafter Erörterungen war die Verfassung. Es soll von vornherein zugegeben werden, die Fraktion hat mehrere Kapitel nur ungern zugestimmt, was sie unter dem Druck der Koalition tun mußte, und andererseits sind verschiedene grundsätzliche Dinge (Wahldauer, Todesstrafe, das unumstößliche Recht des Staates auf den Besitz aller Mineralquellen) von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden. Wenn wir bei der Entscheidung doch zugestimmt, so aus den Erwägungen, weil dieses Werk einen großen Vorteil gegenüber dem alten Standpunkt der weitgehenden Eingabe an den unitarischen Gedanken. Was die Revolution hier versprochen hatte, sollte zum Teil wieder aufgemacht werden. Am meisten umstritten waren die Artikel 18 (Schleudung des Reichs) und der vierte Abschnitt (Bildung und Schule) Artikel 142-150. Es war uns hier nicht möglich, unserer grundsätzlichen Forderung, die Kirche aus der Schule zu entfernen, zum Sieg zu verhelfen. Alles in allem, auch diese Verfassung stellt einen riesigen Fortschritt auf freieschulischem Gebiete dar, und konnten wir ihr die Zustimmung nicht verweigern und die Konsequenzen nicht tragen.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, das Reich wirtschaftlich auf die Höhe zu bringen und finanziell ins Gleichgewicht. Die von unseren früheren Machthabern beliehene und im besonderen von Helfrich geordnete Schulden- und Anleihepolitik stellt das Reich jetzt vor schwierige Probleme. Die Hoffnung, der Feind muß am Schluß der Liquidierung des Krieges alles bezahlen, erachtet jetzt eine große Enttäuschung. Tatsächlich sind die Reichsschulden auf mehr als 180 Milliarden gestiegen, wozu nur rund 100 Milliarden durch Kriegsanleihe gedeckt sind. Dazu kommt der ungeheure Bedarf, um die Wunden im Reich selbst zu lindern; die Ausgaben für unsere Kriegsbefähigten, Witwen und Waisen, dieser Armien der Armen, beziffern sich jetzt schon auf jährlich 4800 Millionen. Der Bedarf des Reiches wird auf 17 1/2, der Bedarf der Länder und Gemeinden auf 24 Milliarden geschätzt. Angesichts dieser ungeheuren Mittel, die die Entschädigung an unsere früheren Feinde außer Betracht läßt, muß auch zu außerordentlichen Steuermitteln gegriffen werden. Die von uns immer geforderte Reichseinkommensteuer ist nunmehr unumgänglich, Erbschaftsteuer und Besitzsteuer müssen nunmehr auf das weiteste ausgebaut werden. Aber auch unsere frühere Stellung, den indirekten Steuern gegenüber, müssen und müssen wir ändern. War schon der Standpunkt, etwa für Schutzzölle eintreten zu müssen, öfters Gegenstand der Debatte, so kommen wir nun darum herum, auch nun für indirekte Steuern stimmen zu müssen. Neben der Erbschaftsteuer haben wir für die Tabaksteuer und neben der Kriegsgewinnabgabe für die Rindholsteuer gestimmt. Die Zudersteuer haben wir zurückgestellt. Es stehen uns aber weitere indirekte Steuern, wie die Umsatzsteuer, die 8 1/2 Milliarden bringen soll, zur Bearbeitung bevor. Gegen dieses Gesetz ist die Zudersteuer ein Hindernis.

Daß die soziale Geleise nicht vernachlässigt werden darf, geht u. a. auch daraus hervor, daß die Wohnhilfe nun der Reichsversicherungsordnung unterbreitet ist und andererseits seitens des Reichs 500 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues als Hebersteuerzuschüsse zur Verfügung gestellt sind. Das Hebersteuergesetz legt Zeugnis ab, daß auch die Arbeiterrechtsfrage Erhebung finden soll. Heber Sozialisierung ist im allgemeinen viel geredet worden. Daß auch hier schrittweise voranzutreiben wird, ist durch das Stimmengesetz zur Sozialisierung

dargestellt. Das Elektrizitätsmonopol legt Zeugnis hieron ab. Im übrigen wird diese Frage im besonderen behindert dadurch, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich ungünstig liegen, und die bürgerliche Mehrheit beschloß, daß zu sozialisierende Betriebe oder Werke entschädigt werden sollen.

So hat die Fraktion mitgearbeitet in einem Tempo, das den Oppositionsparteien oft Anlaß zu Ausfällen gab, wie es natürlich nicht schneller sein konnte. Mit dem „Nichtsistgetan!“ ist es also nicht so. Die Fraktion und die Partei kann mit ruhigem Gewissen vor die Wähler hinstreten und Verantwortung stehen. Unsere Genossen müssen aber auch Verständnis für die vollständig veränderten politischen Verhältnisse haben. Wir können nicht auch jetzt noch mit allen Manieren gegen die Regierung kämpfen, in der unsere Genossen durch unser Vertrauen Mitglied sind. Die Zeit der Schlagworte und Kritik allein ist vorbei, jetzt heißt es Verbesserungsvorschläge machen, mitdenken und handeln. Das Geruntergehen müssen wir den Unabhängigen und den rechten Parteien überlassen und unbeirrt um deren Gesänke handeln.

Rum zu den Anträgen: Die Abschaffung der Titel, die der Antrag Baden-Baden wünscht, steht bereits die Reichsverfassung vor. Am besten werden die eingereichten Anträge der Fraktion als Material überwiesen. Zum Antrage gegen die Zwangs- und Leibeigenschaft ist zu sagen, daß wir die Verteilung voraussehen, die die Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung für das Schutzwort mit sich bringen. Schuld daran sind die bürgerlichen Parteien, die die Aufhebung verurteilen. Gleich verurteilt würde die weitere Aufhebung der Zwangsbeiwirtschaftung werden.

Eine riesige Arbeit steht uns bevor, wollen wir unsere Position, über den demokratischen Weg zum Ziel zu gelangen, behaupten. Von links und rechts droht die Diktatur, und um die Ergründungen der Revolution, um die demokratische Republik, ist es geschehen. Aus allen diesen Gründen müssen wir auch das Nachmittage der Waffe, das Militär, voll in unserer Hand haben. Das monarchische Streben muß gänzlich fallgelassen werden. Die reaktionären Parteien suchen das von ihnen geschaffene Unglück uns aufzubürden, und kein Mittel, auch das trübe Verhältnis unserer unglücklichen Gefangenen, lassen sie unberührt, um es gegen uns auszunutzen. Wir werden uns auf einen harten Wahlkampf gefaßt machen müssen. Sorgen wir beiseite für Aufklärung. Die Nationalversammlung und in ihr im besonderen die Fraktion liefert Material für Aufklärung in anerkennender Weise. Die Presse muß helfen, dies ausgiebig zu betreiben. An unserer Fraktion wird viel kritisiert, besonders an Noske. Und doch verdanken wir gerade dem Genossen Noske, daß wir Ruhe haben. Auch darf man nicht die Reichswehr verächtlich machen, sondern gerade Sozialdemokraten müssen in sie hinein. Man muß die Schwierigkeiten bei der Kritik der Dinge beurteilen.

Tun wir so alle unsere Pflicht, dann werden die Arbeiten der Fraktion genügend gewürdigt und damit die Partei zu neuen Siegen geführt. Die Fraktion ist sich bewußt, ihre Schuldigkeit nach bestem Gewissen getan zu haben. Nur Vertrauen bringt uns zum Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Ein neu eingegangener Antrag wünscht, daß in Bezug auf die sittliche Erziehung der Jugend seitens der Regierung alles getan wird. Dazu gehört u. a., daß die sittenverderbenden Stücke in den Kinos verboten werden sollen, die Kinos durch geeignete Personen überwacht und so schnell wie möglich in den Besitz der Gemeinden überführt werden.

Weiter ging ein Antrag ein, in Zukunft vor den Parteitag den Bericht des Landesvorstandes, den Geschäfts- und Kassenbericht, die parlamentarischen Berichte und womöglich auch die anderen Referate drucken zu lassen.

Um 1 Uhr wird die Tagung abgebrochen.

Aus der Partei.

Wesentliche Versammlungen im 3. Kreis.

Auf die Versammlungen, in denen Genosse Schöpflin über „Die Revolution und das neue Deutschland“ vortragen wird, machen wir besonders aufmerksam. Wir eruchen die Genossen, alles aufzubieten, um diese Versammlungen zu imposanten Kundgebungen zu gestalten. Die mündliche Mitteilung für den Besuch muß aufs eifrigste gepflegt werden. Die Versammlungen lagen in

- Hagsfeld am Montag, den 8. September.
 - Antelingen am Dienstag, den 9. September.
 - Karlshöhe am Mittwoch, den 10. September im „Elefanten“.
 - Bruchsal am Donnerstag, den 11. September.
 - Bulach am Freitag, den 12. September.
 - Nastatt am Samstag, den 13. September.
 - Baden-Baden am Montag, den 15. September.
 - Ettlingen am Dienstag, den 16. September.
 - Durlach am Mittwoch, den 17. September.
- Die Versammlungen sind auf jeweils abends 8 Uhr anberaumt. Der Kreisvorstand.

Hagsfeld, 8. Sept. Wir machen nochmals auf die heute Montag abends 8 Uhr stattfindende öffentliche Volksversammlung aufmerksam. Gen. Schöpflin, der neue Leiter des „Volksfreund“, wird über: „Die Revolution und das neue Deutschland“ sprechen. Wir eruchen alle Parteigenossen und Freunde unserer Sache, auch die Frauen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung findet im Gasthaus zur „Kanne“ statt.

Soziale Rundschau.

Die Beschaffungszulage für die Postbeamten. In Postbeamtenkreisen läuft das Gerücht um, daß der von der Reichsregierung am 15. August im Kabinett gefaßte Beschluß, vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung, allen Beamten eine einmalige Beschaffungszulage zu gewähren und sie im September und Dezember in zwei gleichen Raten zu zahlen, in der Durchführung dadurch verzögert werden würde, weil die Nationalversammlung in Weimar vor ihrer Verlagerung dem Beschluß nicht mehr zugestimmt habe und sie ihre Arbeiten voraussichtlich erst Ende September wieder aufnimmt. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage, da die Haushaltskommission der Nationalversammlung noch in Weimar der Gewährung der Beschaffungszulage zugestimmt hat.

t. Freiburg, 7. Sept. Das hiesige Gewerkschaftsstatut hat sich mit 8003 gegen 770 Stimmen für die Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ausgesprochen. Der Abstimmung gemäß, wurde der Vorstand des Kartells beauftragt, die erforderlichen Schritte zur baldigen Verwirklichung der neuen Arbeitszeit zu unternehmen. — Die freie Turnerschaft kann dieser Tage auf ein Wöchentliches Bestehen zurückblicken. Zur Feier des Jubiläumstages fanden heute in verschiedenen Lokalen turnerische Aufführungen statt.

Aus dem Lande.

Durlach.

Bürgerauschussfraktion. Wie aus dem Vereinsangeiger ersichtlich, findet heute Montag abend eine wichtige Sitzung der Bürgerauschussfraktion statt. Kein Mitglied darf bei diesem dringenden Anlaß fehlen.

Ettlingen.

Die Viehzählung am 1. September hatte folgendes Ergebnis: Es wurden gezählt 160 Pferde (233), — Esel (1), 304 Rindvieh (632), 164 Schafe (235), 298 Schweine (1015), 713 Ziegen (814), 2488 Kaninchen (995), 4288 Stück Federvieh (4946). Die in Klammern beigelegten Ziffern bedeuten das Ergebnis der letzten im Frieden stattgehabten Viehzählung, am 1. Dezember 1913.

Nastatt.

— Tarif für Industrie-Angestellte. Die Ortsstelle Nastatt und Baden-Baden der Angestellten-Verände haben an den Schlichtungsausschuß Nastatt das Ersuchen gerichtet, beim Reichsarbeitsamt zu beantragen, daß der Tarif Gesehskraft bekommt, damit alle Firmen durch den Tarif erfaßt werden.

— Gehaltsbewegung bei den Angestellten der militärischen Betriebe. Die auf Donnerstag nachmittag vom Ortsrat der vereinigten Angestellten-Verände einberufene Versammlung war zunächst schlecht besucht, ein trauriges Zeichen dafür, wie wenig Interesse bei den Angestellten für die Organisation vorhanden ist. Der Vorstand legte in einem kurzen Referat die Gründe in eine Gehaltsbewegung zu treten. Er betonte, daß es von der Gehaltsfrage, sondern auch die Arbeitsbedingungen geregelt seien. Gaukler Schneider vom Zentralverband der Angestellten in Karlsruhe richtete die Aufforderung an die Versammlung, sich restlos zu organisieren und für die Organisation zu agitieren. Es wurde schließlich eine Tarifkommission gewählt, welche am Montag, 8. September, zu einer Sitzung zusammenzutreten wird.

Parteigenossen!

Wir wollen erfolgreich kämpfen. Gut, dann müssen wir eine starkverbreitete Arbeiterpresse

haben. Wir wollen die rasche Ausbreitung des Sozialismus.

Dann muß der Leserkreis des „Volksfreund“

noch stark erhöht werden. Wir wollen über alle Feinde der Freiheit und der Volkswohlfahrt den Sieg erringen.

Die beste Waffe dazu ist die Arbeiterpresse, der

„Volksfreund.“

Also: Agitiert! Agitiert! Agitiert!

Aus dem Murgtal.

Am Murgtaleswerth wird zurzeit lebhaft gearbeitet. Der Damm unterhalb der Sperre ist beim letzten Hochwasser gerissen und ein Stück weggeschwemmt worden. Nun ist eine Schaar von Erarbeitern und Bauern eifrig dabei, den Schaden wieder zu beheben. Der Damm, welcher inmitten des Strombettes hinführt und den Kanal bildet, welcher das aus dem Elektrizität erzeugenden Teil des Kraftwerks fließende Wasser ableitet, war nicht fest genug gebaut in seinem Unterbau. So konnte das Wasser ihn zerstoren. Nun wird der Unterbau solide gestaltet, anstelle der früher verwendeten Felsensteine wird ein richtiges gemauertes Mauerwerk angefügt. Viele Touristen und Durchreisende hatten dem Werk einen Besuch ab, um staunend zu sehen, welche ungeheuren Steinmassen die fremdenen Wasser hinwegzutragen vermögen. Die trodene Witterung kommt der Arbeit sehr zu nützen, da Regentage das Arbeiten im Freien sehr erschweren oder unmöglich machen.

Forbach, 4. Sept. Es sei einmal auf die Gefahr hingewiesen, die dadurch droht, daß die steile Straße, die vom Bahnhof nach der Holzbrücke führt, seitlich nicht genügend eingeebnet ist. Es liegen hier wohl große Steine, aber vielfach einen Meter weit auseinander, und gerade auch da, wo der senkrechte Abhang nach dem Fluß hinuntergeht. Ein Hund kann hier leicht verunglücken. Dies „gehört mal in die Zeitung“, sagen die Leute.

Sulzbürg bei Mühlheim, 8. Sept. Zwischen Gramern und Volkrechten geriet durch Funkenflug aus der Lokomotive ein in demselben Zug mitgeführter Eisenbahnwagen mit Feuer in Brand. Hierbei sind 300 Zentner aus Norddeutschland kommendes Feuerdramm.

Beerfelden, 7. Sept. Am Freitag entlud sich ein Untwetter, wie man es sich vorstellender kaum denken kann. Einzelne Ortschaften wie Nintebach, Falken-Gebirg, Gammelshausen, Sandbach, Schellenbach, Hesselbach wurden schwer heimgesucht. Die Häuser und Gärten sind verheert. Die Hoffnung auf eine gute Obsternte ist ebenfalls dahin. Die Hagelkörner haben überhaupt an allen Früchten schweren Schaden angerichtet.

Koch, 7. Sept. Ein Einbrecher erleichterte die Gemeindefasse um etwa 10 000 Mark.

Rehen, 7. Sept. Der Landwirt Heinrich Moderer wollte einen Revolver pugen. Es trat noch eine Kugel darin. Die Waffe ging los und es wurde ihm die Hand durchschossen.

Wend, 7. Sept. Der schweizerische Bundesrat hat, wie wir vernahmen, das Abkommen mit Deutschland betreffend die Verbindung der Wiedererrichtung des hiesigen Bahnhofs in Basel bereits am Mittwoch ratifiziert. Die Ratifikation durch die deutschen Behörden wird ebenfalls sofort erwartet. Man hofft, den Betrieb auf dem Bad. Bahnhof bereits am nächsten Montag eröffnen zu können.

Heidelberg, 7. Sept. Auf einer Wanderfahrt nach Biegehausen fand ein Mitglied der Heidelberger Rudergesellschaft im Wasse der Rümmlerbach-Strömung ein junges, besser gekleidetes Mädchen in ansehnlichem leibhaftem Zustande. Sofort angetriebene

Wiederbelebungsversuche am Land waren nach einiger Zeit von Erfolg. Das Mädchen stammt aus Mannheim. Ob Selbstmordversuch oder ein Unglücksfall vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. September.

Stadtparkfest.

Zu Ehren der Delegierten des sozialdemokratischen Parteitages, fand am Samstag Abend im Stadtpark, der herrlichen gärtnerischen Anlage weit und breit, eine feierliche Veranstaltung statt, die einen in allen Teilen schönen Verlauf nahm. Eine festlich gestimmte Menge, angelockt von dem Hwed und dem herrlichen Sommerabend, füllte den vorderen Teil des Gartens, der sich für derartige Massenveranstaltungen auf das Beste eignet. Wie stets bei derartigen Anlässen haben sich wiederum die im Sängerkartell vereinigten Arbeitergesangsvereine in den Dienst der Partei gestellt und den Ton zum Berzen der Zuhörer gefunden. Es mögen an die 400 Männerstimmen gewesen sein. Die Utmann herrliche Liedführung „Ich warte dein“ als erstes Begrüßungslied anstimmten. Der Musikchor repräsentierte sich hier sowohl, wie beim zweiten Utmannischen Liede „Lob Pöleson“ unter der sicheren Leitung ihres Chorleiters Herrn Faffel als gutgeklungener Gesangskörper, der auch einer strengeren Kritik standhält. Auch die Frauen standen nicht zurück. Der Arbeiter-Frauenchor, der unter Leitung ihres Chorleiters Herrn Wald a auftrat, zeigte, daß auch der zweifelhafte Frauenchor seine Reize hat. Auch er wählte eine Utmannische Dichtung „Mann-gruß“ und hatte damit einen durchschlagenden Erfolg. Der Frauenchor hat bei fleißiger Übung sicher noch eine Zukunft. Die dritte Spezies des Gesanges, der gemischte Chor, wor ebenfalls vertreten durch den Gesangsverein Bruderbund, der zwei hübsche Lieder recht wirkungsvoll zum Vortrag brachte. Der den Sängern und Sängerinnen sendende tosende Beifall war reichlich verdient.

Der musikalische Teil des Abends wurde vom Musikverein „Harmonie“, dessen statische Kapelle den Raum des Musikpavillon fast voll in Anspruch nahm. Die Kapelle machte unter der sachkundigen Leitung des Herrn Rudolph den besten Eindruck und durfte an diesem Abend einen vollen Erfolg buchen.

So verlief die Veranstaltung aufs Beste und wohl alle Teilnehmer hatten das Gefühl, daß der erste Tag des Kongresses damit einen schönen und würdigen Abschluß gefunden hat. Die Delegierten, die nach harter Tagesarbeit Erholung fanden, quitierten gerne für die ihnen dargebotene Aufmerksamkeit.

Frauenkonferenz.

Im Anschluß an den hiesigen Parteitag findet heute Montag eine Frauenkonferenz im Saale des „Auerhahn“ (Schilberstr. 58) statt. Beginn Vormittags 10 Uhr. Die Tagesordnung derselben lautet: 1. Agitation und Organisation (Ref. Gen. Blase-Mannheim), 2. Frauenarbeit und Frauenrecht (Ref. Gen. Fischer-Karlsruhe). Da die Verhandlungen öffentlich sind, können die Parteigenosseninnen und diejenigen, die sich für Frauenfragen interessieren, daran teilnehmen. Es wird erwartet, daß unter den Frauen das ihr Interesse vorhanden ist.

Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, den 10. M. abends 8 Uhr, spricht Genosse Schöpflin im „Elefanten“ über das Thema „Revolution und das neue Deutschland“. Wir richten an die Parteimitglieder die Bitte, recht zahlreich erscheinen zu wollen. Unsere Mitglieder der Vororte wollen an diesem Abend keine Veranstaltungen treffen, um an dieser Versammlung teilnehmen zu können. Im Anschluß hieran wird auch Bericht über den bad. Parteitag erteilt. Referent ist Arbeitersekretär Bruhl. Ferner wird auch die neue Pressekommision gewählt.

Versammlung der Arbeiterauschüsse. Am Freitag, den 12. M. abends 8 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstr. 42, eine vom Gewerkschaftsrat veranstaltete Versammlung sämtlicher Arbeiterauschüsse im Saale des „Auerhahn“ statt. Auf der Tagesordnung befinden sich zwei wichtige Gegenstände. Neben den Geschehnissen betreffend die Betriebsräte wird Staatsrat Engler, Freiburg, sprechen, während ein Vertreter des Landespräsidiums über die Mitwirkung der Arbeiterauschüsse in Bezug auf den Preisabbau reden wird. Angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung sollen sämtliche Arbeiterauschüsse erscheinen.

Die ehemalige Hofmusikantenhandlung Hugo Kunz, die in Folge militärischer Einberufung des Inhabers Herrn Kurt Neufeld, am 1. April 1917 geschlossen wurde, wird Montag, den 8. September unter der Firma Kurt Neufeld vorm. Hofmusikantenhandlung Hugo Kunz in der Waldstraße 89 (bisher Dornenplatz, gegenüber dem Gesell. Gutmann) gegenüber den Residenzlichtspielen neu eröffnet.

Neubau-Vorarbeiten. Programme von Samstag bis einschl. Dienstag: Waldstraße: „Das Abenteuer der Bianchi“, Schauspiel in 4 Akten (nach Lauff). Die gute Bekanntschaft der Rollen im Film führt dem Zuschauer eine Stunde wirklichen Genusses. — Schillerstraße 22: „Das Winternachtsmärchen“, Elektrodrama in 4 Akten. — Kaiserstraße 5, am Durlacher Tor: das Schauspiel „Jungen“. — „Ich diene um Dich“, Schauspiel in 4 Akten.

Welt-Kino. Man schreibt uns: „Verlorene Töchter“ nennt sich ein Film, der ein zeitgemäßes Thema behandelt. Die Vorgänge sind voll spannenden Inhalts.

Volksgesang des Instrumentalvereins. Man schreibt uns: Der Instrumentalverein stellt nunmehr seine Vereinskonzerte in den Dienst der Volksbildung und ersucht sie als Volksgesang einer breiteren Öffentlichkeit. Das aufgestellte Orchester hiesiger Musikfreunde unter der zielbewußten Leitung von Herrn Musikdirektor H. Kunz, übernimmt damit eine besondere Mission, die gewiß in allen Kreisen dankbar begrüßt wird. Der Gedanke des Instrumentalvereins soll sein: in Form von Volksgesängen nur gute Musik zu billigen Preisen zu bieten, und zwar vor allem der arbeitenden Bevölkerung. Zu diesem Zweck soll in erster Linie die Verteilung der Karten, die der Verein Volksbildung in dankenswerter Weise übernommen hat, um die diesem Verein angegliederten Organisationen, wie Gewerkschaften, Beamtenverbänden und Bildungsvereinen, abgegeben werden und erst der etwa verbleibende Rest dem öffentlichen Verkauf überlassen sein. Diejenigen Korporationen, die mit dem Verein Volksbildung nicht in Verbindung stehen, jedoch Anrecht auf Karten zu haben glauben, werden gebeten, sich alsbald an die Geschäftsstelle des Instrumentalvereins, Herrn Kunz, Durlacherstr. 71, schriftlich zu wenden. Das erste Konzert findet Mittwoch, den 24. Oktober in der Reithalle statt, und zwar mit folgendem Pro-

Seite 6.

ger Zeit von

September.

demokrati-

und breit,

allen Teilen

Menge, an-

derartige

die stets bei

in den

in den

gewe-

Ich worde

er Massen-

keiten bei-

schlechter Ge-

der Zukunft

er, wor

er und

im Vortrag

pendete to-

Musik-

den Raum.

die Kapelle

und o l p h

nenen sollen

alle Zeit-

Kongress

in hat. Die

sonden,

vereins ge-

gramm und Solisten: 6. Einjanie (Pastorale) von Beethoven — Klavierkonzert mit Orchester, Wanderer, Fantasie von Schubert — Biszt mit Frau Kammermusikerin Hedwig Marx Kirck-Mannheim — Vorträge von Johanna Lippe vom Nationaltheater in Mannheim — Overture zu „Abbe Hassan“ von C. R. von Weber. Eintrittspreise nummeriert 1.10 Mk., unnummeriert 55 s mit Steuer.

Angestellte. Die Mitglieder des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (Kaufm. Verein von 1888, Verein deutscher Handlungsgehilfen, Gruben- und Fabrikbeamten-Verein) werden zu einer Versammlung am Dienstag den 9. Sept. 1919, abends 8 Uhr im Schrempfjaal eingeladen. (Siehe Anzeige.)

Tierärztliche Verein. In der gut besuchten außerordentlichen Mitglieder-Versammlung des Tierärztlichen Vereins wurde an Stelle des wegen Arbeitsüberbürdung zurückgetretenen Schriftführers Herrn Inspektor Vater Herr Julius Grambusch gewählt. Die Geschäftsstelle erhielt eine Telefonanlage genehmigt. Der Vorsitzende verlas die Tagesordnung der vom 8. bis 6. September in Weimar tagenden Hauptversammlung des deutschen Tierärztesverbandes. Die mannigfachen Anträge der Ortsvereine gaben zu lebhafter Debatte Anlaß. Der hiesige Verein, der selbst zwei Anträge stellte, wird durch Herrn Worret vertreten sein.

Letzte Nachrichten.

Klara Zetkin abgehoben?
Berlin, 8. Sept. (Privattelegr.) Nach dem „Vorwärts“ wurde Frau Klara Zetkin, die sich in die Schweiz begeben wollte, um sich dort zu erholen, von der schweizerischen Polizei an der Grenze festgenommen und nach drei Tagen Gast nach Deutschland abgeschoben.

Geldbußen im besetzten Gebiet.
Amsterdam, 7. Sept. Der „Telegraaf“ veröffentlicht eine Londoner Meldung, derzufolge am 5. Sept. in Gussirichen im besetzten Gebiet einige englische Soldaten überfallen und ein Soldat schwer verletzt wurde. Der Soldat wurde eine Geldbuße von 100 000 Mark auferlegt. Der Hauptverdächtige ein Arbeiter namens Kupfer, wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist nach einer Neutmeldung noch nicht vollzogen.

Provinzialwahlen in Oberhessen.
Berlin, 8. Sept. (Privattelegr.) Nach der „Voss. Ztg.“ ergaben die Provinzialwahlen in Oberhessen

im Vergleich zu den Volkskammerwahlen eine bedeutende Verschiebung nach rechts. Die größten Verluste erlitt die demokratische Partei, die anstatt der zu erwartenden 8 Mandate nur 2 erhielt. Der Bauernbund und die Deutschnationalen erhielten 15, die Reichssozialisten 12, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen je 5 Mandate.

Verantwortlich. Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beilagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Poststraße 24.

Vereinsanzeiger.
Dursch. (Sozialdem. Bürgerausschussfraktion. Heute Montag den 8. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“ außerordentliche Sitzung. Kein Mitglied darf fehlen. Der Vorstand. 6191



Flechten Wunden
offene Füße, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelt Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2.70 u. 5.10 Mk.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tutogen-Laboratorium, Sittikhofen-Rominten 7.
Engros-lager bei Leopold Fiebig.

Badischer Kunstverein E. V.
Karlsruhe, Waldstrasse 8.
Wiedereröffnung am Sonntag den 7. Sept. 1919, vormittags 11 Uhr.
Ausstellung von Werken:
R. Amtsbühler, Karlsruhe; E. Aichele, Pforzheim; H. Armbruster f. Eppingen; Fr. Bach, Konstanz; R. Eschke, Charlottenburg; E. Firnrohr, Karlsruhe; L. E. Marg. Gerhardt, Berlin; E. Lacroix, Karlsruhe; O. M. Leidel, Mannheim; Lily Majendie, Karlsruhe; Fritz Scherer, München; Carl J. J. Schmitt, Worms; R. Strassberger, Karlsruhe; Karl Walter, Karlsruhe; E. Wernz, Bad Dürkheim.
Besuchsstunden: 6181
Werktags von 10-1 vorm. und 3-5 nachm.
Sonntags „ 11-1 „ „ 2-4 „

Badisches Landestheater.
Montag, den 8. September 1919
Zum ersten Male: 6181
Der Häuptling.
Satirspiel in 3 Akten von Paul Apel.
Anfang 7 Uhr. Mk. 4.50. Ende 1/10 Uhr.

Zur dritten Klasse
Preussisch-südd. Staats-Lotterie
habe wieder Kauflose erhalten und empfehle die neuen Nummern zu
1/8 1/4 1/2 1 Teil
15.75 81.50 68.- 126.- Mk.
ferner auch 3 Mark-, 2- und 1 Mark-Lose, zu demnächstigen Ziehungen.
Ludwig Götz
Bad. Lotterieteilnehmer 6178
Karlsruhe, Sebelstraße 11, beim Rathaus.

Städtisches Bierordtbad.
Grosse Schwimmballe.
für Damen und Mädchen geöffnet: Wertag vormittags 10-11 Uhr und nachmittags 2 1/2-4 1/2 Uhr, sowie Freitags von 6-7 1/2 Uhr, mit Ausnahme Samstag nachmittags.
für Herren und Knaben geöffnet: Wertags vormittags 9-10 Uhr und von 11-1 Uhr, nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr, Freitags nachmittags nur bis 6 Uhr und Samstag von vormittags 11 bis abends 8 1/2 Uhr, auch über die Mittagszeit geöffnet. 4597
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Hausierer (innen)
erhalten lohnende Gebrauchsartikel und Neuheiten die gerne gekauft werden. 6088
Wiegand,
Karlsruhe, Amalienstraße 39, 2. Etod.

Keine Wanzen mehr für Mk. 2.50
nur mit Kammerjäger Berg's Nicodol I u. II zu erzielen.
Restlose Wanzen- u. Brutvernichtung.
Erfolg verlässlich. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. — Viele Dankschreiben.
Doppelpack M. 2.50, Ausreichend f. 1-3 Zimmer u. Betten.
Verkauf: Fidelitas-Drogerie, Karlsr. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaisersr. 24.
Bei Eins. v. M. 2.70, oder Postscheckkonto Berlin 31288, portofreie Zusendung nach auswärts durch 6119
Herm. A. Grosseel, Berlin, Konigsärzter Strasse 49.

Konservatorium für Musik
der Landeshauptstadt Karlsruhe, zugleich Theaterschule (Opera und Schauspielschule) früher Grossh. Konservatorium.
Beginn des neuen Schuljahres am 15. September 1919.
Die ausführlichen Satzungen sind kostenfrei zu beziehen durch die Direktion und durch sämtliche hiesigen Musikalien- und Musikinstrumenten-Handlungen. Alle auf die Anstalt bezügl. Anfragen und Anmeldungen zum Eintritt sind zu richten an den Direktor
Hofrat Professor Heinrich Ordenstein, Solfenstrasse 43. 6174
Sprechstunden: vom 8. Sept. ab täglich — ausser Sonntags — von 10 bis 12 u. 3 bis 5 Uhr.

Herren-Damen-Kinder-Hüte
arbeitet bei fachmännischer Ausführung nach den neuesten und schickesten Modellen um
Mittelbadische Hutfabrik
Schneider & Hanselmann 6192
Kriegstrasse 70, Karlsruhe, nächst Ruppurrstrasse
Annahmestelle bei J. Holzschuh, Modes, Werderstrasse 1.
Für tadellose Ausführung wird garantiert.

Kurt Neufeldt
vormals
Hofmusikalienhandlung Hugo Kunk
(bis 1. April 1917 Kaiserstrasse 113)
Wiedereröffnung Montag, 8. September
in den neuen Geschäftsräumen:
Waldstraße Nr. 39
nächst der Kaiserstraße, gegenüber den Residenz-Lichtspielen.
Reichhaltiges Lager von Musikalien aller Art, insbesond. Unterrichts- Werke, Männer- Chöre, Musik-Literatur.
Editionen Breitkopf & Härtel, Litolff, Peters, Universal uho. brokürirt und gebunden, in
Friedens-Ausgaben.
Alle Neuerscheinungen werden sofort auf Lager genommen.
Aufmerksame, fachkundige Bedienung.
Veranstaltung von Konzerten und Vorträgen.

Schreib-Maschinen-
Reparaturen und Reinigung.
Reelle Bedienung und billige Preise. 6088
Karl Hafner, Karlsruhe i. Baden
Amalienstraße 53. Telephone 1326.

Jeder Raucher kann 1000 Mark
und mehr jährlich bei Gebrauch meiner behördlich zugelassenen ungeschädlichen Raucher-Streit-Tabakleiten ersparen, durch die sich jeder das Rauchen in wenigen Tagen gänzlich abgewöhnen kann, wie Dankschreiben beweisen. Eine Schachtel (50 Tabakleiten) zu Mk. 4.20 franko. (Für starke Raucher 8 Schachteln Mk. 11.50. 6008
C. Kemp, Eisenmannstraße 4, München 2.

Solider ruhiger Arbeiter sucht einfach möbliertes Zimmer womöglich mit Kost bei netten Leuten. Offerten unter Nr. 100 an das Volksfreundbüro erbeten.

Xylographen
in Teckhofen tüchtig, sucht H. Krämer, Stuttgart, Mühlweg-Rabrl. 6188

Caschenuhren
auch reparaturbedürftig, kauft

Levy An- u. Verkauf, geübt, Markgrafstrasse 22. Anstalt umsonst bei Schwerhörigkeit

Vers. Medika lb München S. W. 7.
Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe
Lobesfälle, Will, alt 53, Vater Stefan Kunz, Monteur. Elisabeth Fischer, ohne Beruf, ledig, alt 19 Jahre. August Puder, Tagelöhner, ledig, alt 54 Jahre. Adolf Erb, Schriftfeger, Ehemann, alt 86 Jahre. Ferd. Schleicher, Post-Führer a. D., Witwer, alt 70 Jahre. Marie Ebbede, alt 67 Jahre, Witwe von Leopold Ebbede, Registrator.

Welt-Kino
Kaiserstrasse 133.
Heute und die folgenden Tage:
Verlorene Töchter
2. Teil
Opfer der Schmach
Kultur-Tragödie in 5 Akten.
Verfasst und inszeniert von William Kahn.
Mit
Gesangs-Einlage:
Frühlingshoffen. 6188

Pferdefleischverkauf.
Einführung der Marke 9.
Verkaufsstelle E Rheinstr. 56 Graue Karier
Dienstag Nr. 6881-7880 vorm. Nr. 7881-8880 nachm.
Mittwoch 8881-9880 „ 9881-10880
Donnerstag „ 10881-11880 „ „ 11881-12880
Kopfmenge 125 Gramm Fleisch oder Würst.
Karlsruhe, den 6. September 1919. 6194
Städt. Fleischamt.

Gottesaner Grezzerplatz
Karlsruhe. 6177
Varieté-Schau
Heute abend 8 Uhr
Große Vorstellung.

Beamtensicherungsbeamte

Montag, den 8. September
abends 8 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Saale der Alten Brauerei Kammerer, Waldhornstr.
Thema:

Zur Erneuerung des Reichs-Tarifvertrages.

Referent: Fr. Schaedel, Frankfurt am Main.
Zu zahlreichem pünktlichem Erscheinen laden ein

Verband der deutschen Versicherungs-Beamten

Ortsgruppe Karlsruhe
Beamten-Vereinigung der Karlsruher Lebens-

Versicherung 6184
Zentral-Verband der Handlungsgehilfen

Sektion für Versicherungsbeamte.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Dienstag, den 9. September, abends pünktlich um 7 Uhr, findet in der „Goldenen Krone“, Amalienstraße Nr. 16, eine

Vertrauensmänner-Versammlung

statt. In derselben muß jede Werkstatt vertreten sein. Auch die Durlacher Kollegen sind eingeladen.

Tages-Ordnung:
Bericht über die Städtekonferenz. Tariffragen.

6182 Die Ortsverwaltung.

G. d. A.

Nur für Mitglieder.
Die Mitglieder der unterzeichneten Verbände werden zu dem am Dienstag, den 9. September 1919, im Colosseum, Saal 3, stattfindenden Vortrag des Herrn Otto Dehald aus Hamburg über das Thema

Der neue Weg des Gewerkschaftsbundes der Angestellten

eingeladen. Mitgliedsausweis ist mitzubringen.

Kaufm. Verein von 1858, 6183

Verein Deutscher Handlungsgehilfen, Gruben- und

Fabrikanten-Verein, Verein Deutsch. Kaufleute,

Deutscher Privatbeamten-Verein.

Donnerstag abend 8 Uhr

Sitzung

(Zentralrat der Angestellten-Ausschüsse)
Saal 3 Brauerei Schrempf, Waldstraße 16/18.

Die Angestellten-Ausschüsse werden ersucht, zwei Vertreter zu entsenden. Erscheinen der Vertrauensmänner der Angestellten ist ebenfalls erforderlich.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmänn. Verbände

Arbeitsgemeinschaft der kaufmänn. Vereine

für weibliche Angestellte 6193

Ortskartell der freien Angestellten-Verbände.

Blechner- und Installateur-Fachschule Karlsruhe.

2 Semester von je 5 Monat Dauer.

Semesterbeginn: 6. Oktober 1919.

Auskunft durch die Schulleitung.

Von der Reise zurück!

Sprechstunden morgens 9-10,

nachmittags 3-1/2 5 Uhr.

Dr. R. Unter Ecker

Facharzt

für Chirurgie und Röntgenologie

Kaiserstrasse 247. 6178

Verreist Vertreter: Fr. Dr. Mayer

bis 21. September: Fr. Dr. Opitz

Frau Dr. Kahn-Walz Herr Dr. Brauns

Dr. Helbing

Dr. Kahn M.-R. Dr. Resch

Dr. Weil. 6190

Realschulanstalten Karlsruhe.

Oberrealschule
Kaiser-Allee 6.

Die Anmeldungen neu eintretender Schüler werden, soweit sie nicht schon im Juli erfolgt sind, in beiden Anstalten entgegengenommen:

für alle Klassen Freitag, den 12. September, 8-11 Uhr.

dabei sind Geburtszeugnis, Aufweise (für die über 12 Jahre alten Schüler Wiederimpfschein) und Nachweis über den bisher genossenen Unterricht vorzulegen. — Zur Aufnahme in die unterste Klasse ist ein Alter von mindestens neun Jahre erforderlich.

Zur Aufnahmepflicht können nur die am 12. September persönlich oder vorher unter Vorlage der erforderlichen Papiere schriftlich angemeldeten Schüler zugelassen werden.

Die Aufnahmepflichtungen der neu eintretenden Schüler, die nicht von einer hiesigen Anstalt mit dem Lehrpläne der Oberrealschule kommen, finden statt:

Samstag, den 13. und Montag, den 15. September.

Der Austausch der neu angemeldeten Schüler unter den vier hiesigen Realschulen mit gleichem Unterbau bleibt vorbehalten.

Karlsruhe, den 1. September 1919.

Direktion der Oberrealschule: Dr. Ehrhardt. 6120
Direktion der Realschule: Burger.

Da der

Reichs-Verband

Deutscher Mineralbrunnen u. die Vereinigung Mitteldeutscher Mineralbrunnen

den höheren Produktionskosten entsprechend, den Preis für die

Füllungen und Flaschen-Pfand

erhöht haben, sieht sich unterzeichneter Verein gezwungen, die Preise dementsprechend

für 1/2 Liter-Flasche . . . um 5 Pfg.
für 1/4 Liter-Flasche . . . um 7 Pfg.

ab heute zu erhöhen, wozu noch das von den Brunnen vorgeschriebene Flaschenpfand hinzukommt.

Der Verein d. Mineralwasserfabrikanten von Karlsruhe und Umgebung.

6117

Handelschule der Stadt Karlsruhe.

Abteilung: Pflichthandelschule.

Gemäß § 1 des Ortsstatuts vom 13. Juni 1908 sind die innerhalb des Gemeindebezirks Karlsruhe im Handelsgewerbe beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen (Kolonnäre) beiderlei Geschlechts bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuch der städt. Handelsschule verpflichtet.

Vom 15. September 1919 ab sind handelschulpflichtig:

1. die nach dem 9. Dezember 1901 geborenen, im Handelsgewerbe beschäftigten jungen Leute, welche die Mittelschule mit dem sog. Berechtigungschein für den einjährig-freiwilligen See-Reservisten verlassen haben und bis jetzt noch nicht zur Pflichthandelschule angemeldet sind.

2. die nach dem 9. Dezember 1901 geborenen, im Handelsgewerbe beschäftigten Knaben und Mädchen, welche aus den Mittelschulen vor Erlangung des Berechtigungscheines ausgeschieden sind und sich bis jetzt noch nicht zur Pflichthandelschule angemeldet haben.

3. die nach dem 9. Dezember 1901 geborenen Knaben und Mädchen, welche nicht zu den unter Nr. 1 und 2 Aufgeführten zählen und bis jetzt noch nicht zur Pflichthandelschule angemeldet sind.

Die Anmeldung behufs Einweisung hat zu erfolgen im Schulgebäude Birkel 22 am

Wittwoch, den 10. September, vormittags 8-1 Uhr.

Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Paragraf 12 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Juli 1907 lautet: „Der Arbeitgeber hat die zum Besuch der Handelsschule verpflichteten Gehilfen und Lehrlinge beim Eintritt in das Geschäft binnen 3 Tagen, und wenn der Eintritt während der Schulferien geschieht, alsbald beim Wiederbeginn des Schulunterrichts bei dem mit der Leitung der Schule beauftragten Lehrer anzumelden, sowie spätestens am dritten Tage nach der Entlassung aus dem Geschäft wieder abzumelden. Probezeit oder Beginn der Lehre im Geschäft der Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht.“

Zusicherungen werden nach § 3 des Gesetzes vom 18. August 1904 befristet.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut nur das Alter der Beschäftigten, nicht aber deren Stellung berücksichtigt; es sind also nicht nur Lehrlinge, sondern auch Kolonnäre und Gehilfen beiderlei Geschlechts zum Handelsschulunterricht verpflichtet, sofern dieselben noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben. 6144

Das Rektorat.

Handelschule der Stadt Karlsruhe.

Abteilung: Pflichthandelschule.

Wittwoch, den 10. September, vormittags 8-1 Uhr.

Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Paragraf 12 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Juli 1907 lautet: „Der Arbeitgeber hat die zum Besuch der Handelsschule verpflichteten Gehilfen und Lehrlinge beim Eintritt in das Geschäft binnen 3 Tagen, und wenn der Eintritt während der Schulferien geschieht, alsbald beim Wiederbeginn des Schulunterrichts bei dem mit der Leitung der Schule beauftragten Lehrer anzumelden, sowie spätestens am dritten Tage nach der Entlassung aus dem Geschäft wieder abzumelden. Probezeit oder Beginn der Lehre im Geschäft der Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht.“

Zusicherungen werden nach § 3 des Gesetzes vom 18. August 1904 befristet.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut nur das Alter der Beschäftigten, nicht aber deren Stellung berücksichtigt; es sind also nicht nur Lehrlinge, sondern auch Kolonnäre und Gehilfen beiderlei Geschlechts zum Handelsschulunterricht verpflichtet, sofern dieselben noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben. 6144

Das Rektorat.

Handelschule der Stadt Karlsruhe.

Abteilung: Pflichthandelschule.

Wittwoch, den 10. September, vormittags 8-1 Uhr.

Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.

Paragraf 12 der landesherrlichen Verordnung vom 20. Juli 1907 lautet: „Der Arbeitgeber hat die zum Besuch der Handelsschule verpflichteten Gehilfen und Lehrlinge beim Eintritt in das Geschäft binnen 3 Tagen, und wenn der Eintritt während der Schulferien geschieht, alsbald beim Wiederbeginn des Schulunterrichts bei dem mit der Leitung der Schule beauftragten Lehrer anzumelden, sowie spätestens am dritten Tage nach der Entlassung aus dem Geschäft wieder abzumelden. Probezeit oder Beginn der Lehre im Geschäft der Eltern entbindet nicht von der Anmeldepflicht.“

Zusicherungen werden nach § 3 des Gesetzes vom 18. August 1904 befristet.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß das Ortsstatut nur das Alter der Beschäftigten, nicht aber deren Stellung berücksichtigt; es sind also nicht nur Lehrlinge, sondern auch Kolonnäre und Gehilfen beiderlei Geschlechts zum Handelsschulunterricht verpflichtet, sofern dieselben noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben. 6144

Das Rektorat.

Residenz-Automat

32 Karl-Friedrichstrasse 32.

Täglich Konzert.

Anfang 7 Uhr.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lsg. Nr. 682; 3 a 13 qm mit vierst. Wohnhaus (Eckhaus) Douglasstraße 8.

Schätzung: 100 000 M.

Versteigerungstag: Mittwoch, 24. September 1919, vorm. 9 Uhr, im Notariatgebäude Akademiestraße 8, II. St.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 7. Juli 1919. 4868

Notar Dr. G. als Vollstreckungsgericht.

Vergebung von Bauarbeiten.

Für die Kleinwohnhausbauarbeiten der Gemeinnützigen Baugenossenschaft in Untergrombach (Bezirk Bruchsal) sollen die nachverzeichneten Bauarbeiten vergeben werden:

1. Grab- und Maurerarbeiten (Dachdeckung),
2. Zimmerarbeiten,
3. Blechmalerarbeiten,
4. Gipserarbeiten,
5. Malerarbeiten,
6. Schreinerarbeiten,
7. Schlosserarbeiten,
8. Malerarbeiten,
9. Wasserleitung,
10. Elektrische Anlagen,
11. Ofenheizung,
12. Pfisterarbeiten.

Die Unterlagen sind bei den bauleitenden Architekten Pfeifer u. Großmann in Karlsruhe, Velfortstraße Nr. 14, einzusehen, woselbst auch die Angebote verschlossen, mit Kennwort versehen, bis spätestens Donnerstag, den 11. September, nachmittags 5 Uhr, eingereicht sind. 6100

Untergrombach, den 5. September 1919.

Gemeinnützige Baugenossenschaft, G. m. b. H. Untergrombach.

Was waren das frühere Verbot des Buches

Der Kampf um das Glück der Ehe und Nachkommenschaft

und unsere Verfolgungen anderer, als Massenmord am weiblichen Geschlecht, unschuldiger Säuglinge und größerer Kinder?

Des Volkes höchstes Recht ist das auf Wahrheit, Gesundheit und Glück und Liebe!

Schwere, künstliche, Früh-, Tot- und Fehlgeburten, die zum Teil die Folge aus rasch aufeinanderfolgender Geburten waren, Auszugaug aller Lebenskraft aus dem mütterlichen Organismus, Zugrundegehen von jährlich hunderttausenden Müttern und Kindern! —

Prostitution, Luftsünden, Verkauf des Körpers, Gehirnverwundung, gräßlicher Tod, das unfehlbare und feige Verschweigen aller erhabenen, ehrfurchtgebietenden Lehren über die Zeugung!

Wer diese entsetzlichen Folgen der Unterdrückung des Wissens — Wahrheiten von der Vergangenheit der heutigen Welt könnte man sie nennen — mit den Waffen der Wahrheit und vielseitigster Lebenserfahrung bekämpfen wollte, der würde voll freudiger Freude und Hellsichtigkeit als Volkserzieher und Volkserwecker gebürdet. Die achtigen Erzeugnisse der neuen Zeit sind: Gleichberechtigung aller, Beseitigung des Gewissenszwanges, Aufhebung der Zensur, und Redefreiheit. Das mit majestätischer Gewalt siegreich eindringende Licht der Wahrheit können Mäntel und verführerische Theorien nicht verdunkeln. Sie wird die herrlichsten Menschheitstriumphe feiern und uns aus dem Dunkel zum Besitz der Gesundheit, Schönheit, Liebe und des Glückes führen.

Die Kapitel des Buches: 1. Recht auf Wahrheit und Wissen. — 2. Ein vernichtetes Frauenleben. — 3. Brutalität. — 4. Viele Schilderungen aus dem Leben, deren Tragik und Realismus jeder ergreifen. — 5. Charakteristisches Geschehnis einer feingebildeten Frau, die durch freudigste Kräftevergenbung fast zugrunde gerichtet worden und der Verzeihung nahe war. Der menschenfreundliche Arzt, der diese wie Tausende Frauen wieder aufrichtete und den Kindern die Mutter erhielt. — 6. Was die Frau vom Mann wissen muß. — 7. Verweil, durch die die Frauenkraft geschädigt und vernichtet wird. — 8. Kinderlachen verheerender Sorgen. — 9. Das Städtchen und seine Folgen. Unwissenheit ist die Ursache aller geschlechtlichen Irrungen und Leiden. — 10. Die Erhaltung der Gesundheit, des Geistes und der treuesten Liebe in der Ehe. — 11. Kraftvolle Zustimmungserklärungen aus dem Publikum.

Wir verbinden das Buch zum Preise von 2.20 M. (Porto 25 s., Nachnahme-Porto 45 s.).

Chelente Heubig und Emil Kröning, Cannstatt, Teckstraße. 6175

Im Hundezwinger des städtischen Waisenheims, Schlachthausstraße Nr. 17 (zwischen Kaserne u. Eisenbahn) befindet sich nachstehender herrenloser Hund.

1 Spitzer-Vogel, männlich. Derselbe wird, falls er nicht innerhalb 3 Tagen vom Eigentümer abgeholt ist, getötet bezw. veräußert.

Karlsruhe, 4. Sept. 1919. Städtisches 6179

Schlacht- u. Viehhofamt.